

Korrigierte Version
(Tabellen auf Seite 948–949)

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Winter 2019

926 Editorial von Claus Michelsen et al.

Fundament der deutschen Wirtschaft stärken –
auf Herausforderungen reagieren



928 Bericht von Claus Michelsen, Guido Baldi, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer,
Stefan Gebauer und Malte Rieth

Weltwirtschaft wächst auch weiterhin mit wenig
Schwung



936 Bericht von Claus Michelsen, Marius Clemens, Max Hanisch, Simon Junker,
Laura Pagenhardt und Thore Schlaak

Deutsche Wirtschaft: Industrie kämpft sich
mühsam aus der Krise

951 Interview mit Claus Michelsen

952 Bericht von Marius Clemens

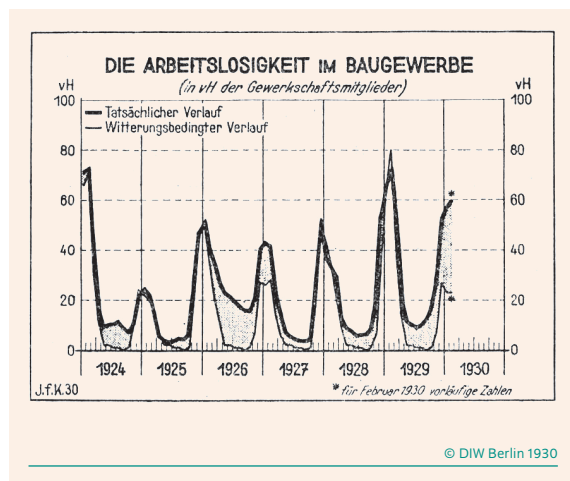
Öffentliche Finanzen: Haushaltsspielräume
verflüchtigen sich nach und nach –
Investitionsprogramm wäre sinnvoll

962 Kommentar von Christian von Hirschhausen

Schmutzige Braunkohle
für saubere E-Autos?
Brandenburg vor einem Dilemma



Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe.



Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe war im Winter 1929/30 doppelt so groß, als man auf Grund des milden Wetters erwarten durfte.

Im Durchschnitt der Monate November 1929 bis Februar 1930 waren rd. 50 v.H. der gewerkschaftlich organisierten Bauarbeiter arbeitslos. Davon entfällt nur etwa die Hälfte auf die im Winter übliche witterungsbedingte Arbeitslosigkeit; die andere Hälfte – also rund ein Viertel der gesamten Mitglieder der Baugewerkschaften – ist durch die allgemeinen Schwierigkeiten im Baugewerbe außer Arbeit gesetzt worden.

In dem Schaubild tritt die große Abweichung der tatsächlichen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe von dem Stand, der sich durch die jeweiligen Witterungsbedingungen ergibt, deutlich in Erscheinung. Die Kurve der „witterungsbedingten Arbeitslosigkeit“ ist auf Grund früherer Untersuchungen über den Einfluss von Temperaturen und Niederschlägen auf die Bautätigkeit errechnet worden. Die tatsächliche Arbeitslosigkeit ist nach den laufenden Statistiken der Gewerkschaften dargestellt. Der Abstand der tatsächlichen Arbeitslosigkeit von der witterungsbedingten hat im Winter 1929/30 den größten Umfang seit der Währungsstabilisierung erreicht.

Aus dem Wochenbericht Nr. 50 vom 12. März 1930

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

86. Jahrgang 11. Dezember 2019

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Karl Brenke; Dr. Stefan Bach

Redaktion

Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Anna Hammerschmid; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter www.diw.de/newsletter

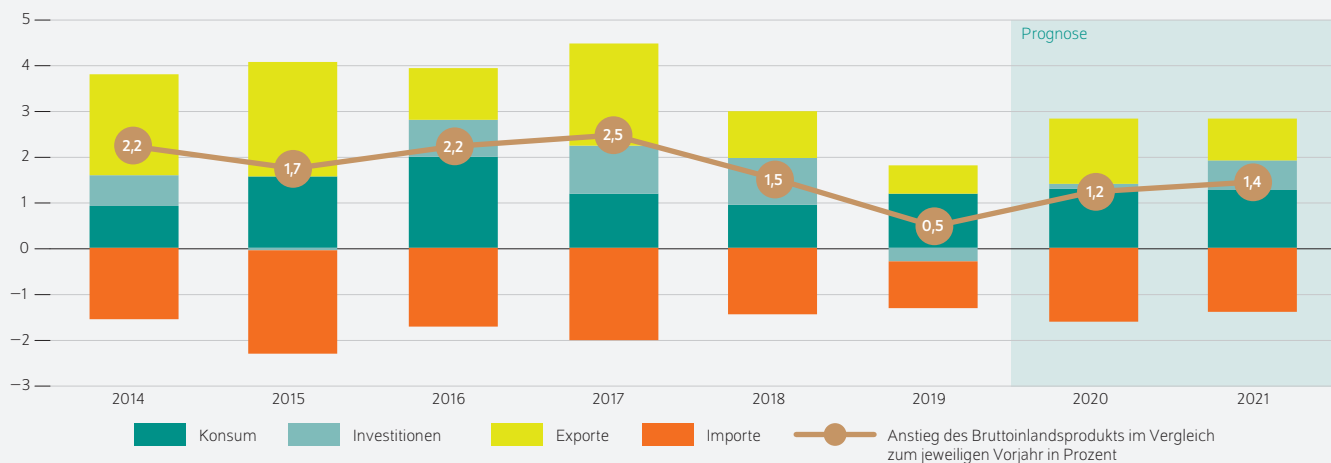
Fundament der deutschen Wirtschaft stärken – auf Herausforderungen reagieren

Von Claus Michelsen et al.

- Deutsche Wirtschaft hat Schwächephase nach wie vor nicht überwunden
- DIW Berlin prognostiziert für dieses Jahr Wachstum von 0,5 Prozent, für die Jahre 2020 und 2021 sind 1,2 beziehungsweise 1,4 Prozent zu erwarten
- Industrie kämpft sich nur mühsam aus der Krise, Konsum der privaten Haushalte stützt wirtschaftliche Entwicklung
- Langfristiges Investitionsprogramm notwendig, um Standort Deutschland attraktiver zu machen und Folgen des demografischen Wandels zu begegnen
- Szenarioberechnungen ergeben mittelfristigen Anstieg des Wachstumspotentials und höhere Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen infolge zusätzlicher Investitionen

Konsumausgaben der privaten Haushalte stützen die Konjunktur – Exporte 2020 wieder lebhafter

Wachstumsbeiträge der einzelnen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten



ZITAT

„Aktuell fragen vor allem heimische Unternehmen deutlich weniger Maschinen und Fahrzeuge nach. In unsicheren Zeiten halten sich viele Unternehmen offenbar zurück. Daher ist es notwendiger denn je, private durch öffentliche Investitionen zu stimulieren. Zusätzliche Investitionen würden auch das Wachstumspotential der deutschen Wirtschaft erhöhen, das sonst alterungsbedingt schon bald sinkt.“ — Claus Michelsen —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Claus Michelsen
www.diw.de/mediathek

Fundament der deutschen Wirtschaft stärken – auf Herausforderungen reagieren

Von Claus Michelsen, Guido Baldi, Marius Clemens, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Marcel Fratzscher, Stefan Gebauer, Max Hanisch, Simon Junker, Laura Pagenhardt, Malte Rieth und Thore Schlaak

Die deutsche Wirtschaft hat ihre Schwächephase nach wie vor nicht überwunden. In der Industrie sind die Produktionskapazitäten nach fast eineinhalb Jahren rückläufiger Wertschöpfung in den Bereich der Unterauslastung abgerutscht. Maßgeblich hierfür war zunächst die Schwäche bei den Ausfuhren – die Spezialisierung auf Investitionsgüter ist wegen des global schwierigen politischen Umfelds, aber auch wegen des Abebbens des privaten Investitionszyklus zur Achillesferse der deutschen Wirtschaft geworden. Mittlerweile sind es in erster Linie die Bestellungen von Industriegütern aus dem Inland, die sich schleppend entwickeln.

Weltweit hat die Wirtschaftspolitik auf die Abkühlung vor allem im verarbeitenden Gewerbe reagiert: Die meisten Zentralbanken haben einen expansiveren Kurs eingeschlagen, und auch die Finanzpolitik hat in vielen Ländern zusätzliche Ausgaben und/oder Steuerentlastungen beschlossen. Auch deshalb hellen sich die konjunkturellen Aussichten wieder etwas auf. Hierzulande stützen die Beschlüsse der Großen Koalition vor allem die Nachfrage der privaten Haushalte und haben ein Abgleiten in eine gesamtwirtschaftliche Rezession bislang verhindert – der Impuls liegt nominal bei knapp einem halben Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das DIW Berlin rechnet daher weiterhin mit einem, wenn auch schwachen, Wachstum von 0,5 Prozent im Jahr 2019.

Auch in den kommenden beiden Jahren sind öffentliche Mehrausgaben in der Größenordnung von jeweils etwa einem halben Prozent des Bruttoinlandsprodukts vorgesehen. Zudem zeichnet sich ab, dass das Auslandsgeschäft wieder etwas lebhafter verlaufen wird, sofern sich die wirtschaftspolitischen Risiken nicht weiter verschärfen. Das DIW Berlin rechnet mit Steigerungen des Bruttoinlandsprodukts um 1,2 Prozent im kommenden Jahr und um 1,4 Prozent im Jahr 2021, die in etwa dem Trendwachstum entsprechen.

Dass die deutsche Wirtschaft nach wie vor auf wackeligen Füßen steht, ist einerseits auf das fragile internationale Umfeld zurückzuführen, das Gift für die Nachfrage nach Investitionsgütern ist. So schwelen weiterhin die Risiken einer Eskalation der Handelskonflikte und eines harten Brexit. Bislang haben sich die Auswirkungen auf die Industrie und angrenzende Bereiche beschränkt; die privaten Haushalte zeigten sich weitgehend unbeeindruckt. Je länger die Verunsicherung anhält, desto wahrscheinlicher wird allerdings, dass auch auf dem Arbeitsmarkt deutlichere Spuren sichtbar werden und sich die Nachfrage im Inland signifikant abschwächt.

Andererseits sieht sich der Standort Deutschland mit strukturellen Problemen konfrontiert. Vor allem die Automobilindustrie scheint vor größeren Umbrüchen zu stehen. Neben dem technologischen Wandel stellen sich für viele Hersteller auch Fragen der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. In der Vergangenheit konnten überdurchschnittliche Lohnkosten mit einer hohen Produktivität und einer soliden Infrastruktur kompensiert werden. Dass dies so bleibt, steht zunehmend in Zweifel: So haben einige Staaten in den letzten Jahren die Steuern für Unternehmen gesenkt. Dies erhöht den Druck im Standortwettbewerb. Gleichzeitig hat die Qualität des Standorts erheblich unter ausgebliebenen Investitionen der öffentlichen Hand gelitten und auch zukünftige Bedarfe, beispielsweise in der digitalen, der sozialen oder der Verkehrsinfrastruktur, wurden in der Wahrnehmung vieler nur unzureichend adressiert. Verschärft wird dies durch die nun unmittelbar anstehende demografische Wende. Altersbedingt wird eine sinkende Zahl an Erwerbspersonen für eine wachsende Bevölkerung sorgen müssen. Damit ist eine Verlangsamung des Potentialwachstums angelegt – von aktuell anderthalb Prozent auf unter ein Prozent ab dem Jahr 2023. Dem kann mit einer Ausweitung und Modernisierung

des Kapitalstocks und Förderung von Bildung und Innovationen entgegengewirkt werden.

Die Finanzplanung hat bereits reagiert und die Haushaltsansätze für Investitionen substanziell erhöht. Bis in das Jahr 2021 werden dadurch wohl zusätzlich 18 Milliarden Euro mehr in die Infrastruktur, das Bildungssystem und die Dekarbonisierung der Wirtschaft investiert. Dies entspricht in den kommenden beiden Jahren auch den ermittelten zusätzlichen Bedarfen – ausgebliebene kommunale Investitionen aus der Vergangenheit werden damit allerdings noch nicht aufgeholt. Somit hat die Politik die Weichen zwar kurzfristig richtig gestellt; da allerdings ab dem Jahr 2021 kein Zuwachs mehr in den Haushaltsmitteln vorgesehen ist, fehlt eine langfristige Planungsgrundlage. Diese wäre aber notwendig, damit die Unternehmen ebenfalls in die Ausweitung des Kapitalstocks investieren – was auch kurzfristig der konjunkturellen Entwicklung zuträglich wäre.

Eine entsprechende kontinuierliche Steigerung der Investitionsmittel würde das reale Potentialwachstum jahresdurchschnittlich um knapp 0,3 Prozentpunkte anheben. Denn dann werden die investiven Ausgaben des Staates nicht nur den öffentlichen Kapitalstock erhöhen, sondern auch die privaten Investitionen stimulieren. Darüber hinaus könnte sich durch Investitionen in den Ausbau und Betrieb von Ganztagschulen und Kindertagesstätten auch die durchschnittliche Arbeitszeit von Müttern erhöhen. Dazu sollten die Mittel allerdings tatsächlich in Sach- und vor allem Personalmittel investiert werden und nicht in weitere Gebührenbefreiungen fließen. Lösungen müssen darüber hinaus auch für die Haus-

halte auf kommunaler Ebene gefunden werden. Immerhin sind die Kommunen die größten öffentlichen Investoren in Deutschland, bei denen der Bedarf zudem besonders hoch ist.

Für einen dauerhaften Mittelaufwuchs in der genannten Größenordnung stellt sich die Frage nach dessen Finanzierung. Nach derzeitiger Finanzplanung sind die Rücklagen für den Bundeshaushalt im Jahr 2021 nahezu aufgebraucht. Für weitere Mehrausgaben müssten daher entweder Umschichtungen im Haushalt vorgenommen oder eine höhere Nettokreditaufnahme eingeplant werden. Aktuell plant das Bundesfinanzministerium mit einem ausgeglichenen Haushalt, einer schwarzen Null. Diese Politik ist angesichts des derzeitigen Umfelds aber nur noch schwer begründbar. Der Bund kann sich langfristig zu negativen Zinsen verschulden und selbst die Schuldenbremse lässt eine begrenzte Kreditaufnahme zu. Angesichts der Herausforderungen scheint aber auch eine Diskussion über darüber hinaus gehende Änderungen sinnvoll. So wird vielfach angeregt, über Extrahaushalte eine höhere Kreditfinanzierung zu ermöglichen, da diese nicht im Rahmen der Schuldenbremse ins Gewicht fallen. Allerdings verliert das Parlament auf diesem Weg Einfluss auf die Verwendung öffentlicher Gelder. Eine Reform der geltenden Schuldenregeln – zumindest eine Anpassung der Schuldenbremse an die europäischen Stabilitätsregeln – scheint daher zumindest diskussionswürdig und im Ergebnis transparenter, um die Herausforderungen zu meistern und das Fundament der deutschen Wirtschaft mittelfristig zu stärken.

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Geraldine Dany-Knedlik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Stefan Gebauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sgebauer@diw.de

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin | mfratzscher@diw.de

Max Hanisch ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mhanisch@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Laura Pagenhardt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | lpagenhardt@diw.de

Malte Rieth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mrieth@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 49+50/2019:

www.diw.de/diw_weekly



Weltwirtschaft wächst auch weiterhin mit wenig Schwung

Von Claus Michelsen, Guido Baldi, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Stefan Gebauer und Malte Rieth

ABSTRACT

Noch stützen günstige Bedingungen auf den Arbeitsmärkten und ein dadurch steigender privater Konsum die Weltwirtschaft. Allerdings bremsen weiterhin Handelskonflikte und politische Unsicherheiten die Investitionstätigkeit, so dass insbesondere die fortgeschrittenen Volkswirtschaften nur wenig wachsen. In den Schwellenländern, vor allem in Indien, beschleunigt sich dagegen das Wachstum. Auch in den kommenden beiden Jahren wird die Wirtschaft insgesamt wohl nur verhalten expandieren. Trotz guter Finanzierungsbedingungen ist damit zu rechnen, dass die Investitionstätigkeit zunächst träge bleibt und vor allem der Konsum die Konjunktur stützt. Gegen Ende des Prognosezeitraums dürfte der private Verbrauch von einer wieder anziehenden Investitionstätigkeit und einem sich wieder belebenden Handel als wichtigster Wachstumstreiber abgelöst werden. Weltweit wird die Wirtschaft in diesem Jahr wohl um 3,6 Prozent und in den beiden kommenden Jahren um jeweils 3,7 Prozent wachsen. Auch wenn sich die Zollstreitigkeiten zwischen den USA und China etwas entspannt haben, bleiben die abwärtsgerichteten Risiken anhaltend hoch. Weitere US-Zölle und die Unwägbarkeiten eines Brexit drohen, die Konjunktur zu schwächen.

Die Weltwirtschaft ist im dritten Quartal 2019 etwas stärker als in der ersten Jahreshälfte (Abbildung 1) gewachsen. Getragen wurde die Konjunktur in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften ebenso wie in den Schwellenländern zumeist durch einen wachsenden privaten Verbrauch, der von weiterhin günstigen Bedingungen auf den Arbeitsmärkten gestützt wurde. Die Investitionstätigkeit blieb indes gering.

In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften blieb das Expansionstempo allerdings nahezu unverändert: In den Vereinigten Staaten und im Euroraum entwickelte sich die Produktion ähnlich wie im Vorquartal. Im Vereinigten Königreich legte die Wirtschaft hingegen zu, nachdem sie im zweiten Quartal geschrumpft war. Die japanische Wirtschaftsleistung verlor deutlich an Schwung.

In den Schwellenländern beschleunigte sich das Wachstum weiterhin leicht. In einigen Schwellenländern, insbesondere in Indien, wurde die Produktion sogar merklich ausgedehnt. Das Expansionstempo in China blieb hingegen nahezu unverändert.

Auch für den Prognosezeitraum ist lediglich mit einer verhaltenen Expansion der Weltproduktion zu rechnen, obgleich sich die weltwirtschaftliche Stimmung zuletzt etwas aufgehellt hat, da insbesondere die handelspolitischen Unsicherheiten zurückgingen. So schlossen die USA und Japan im Herbst ein Handelsabkommen, und auch der Handelsstreit zwischen den USA und China hat sich entschärft. Zudem stabilisierte sich der chinesische Außenhandel im dritten Quartal nach einem deutlichen Rückgang in der ersten Jahreshälfte.

Die jüngste Erhöhung der Zölle auf Aluminium und Stahl sowie weitere drohende Zölle auf europäische Produkte seitens der US-Regierung legen jedoch nahe, dass es nicht zu einer grundlegenden Kehrtwende in der US-Handelspolitik kommt. So dürften die schwelenden Handelsstreitigkeiten die Investitionstätigkeit in den meisten Volkswirtschaften weiterhin belasten, wenngleich wohl etwas weniger als zuletzt. Zum Ende des Prognosezeitraums dürften sich diese Belastungen bei gleichbleibenden handelspolitischen Rahmenbedingungen reduzieren, so dass der Welthandel im Jahr 2021 wohl wieder etwas an Fahrt gewinnen wird.

Zunächst dürfte sich die schwache Entwicklung der Industrieproduktion fortsetzen. Zwar entwickelten sich die Vorlaufindikatoren für das verarbeitende Gewerbe in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften zuletzt positiv, sie liegen jedoch zumeist weiterhin unter der Expansionsschwelle. Im Dienstleistungsbereich trübt sich die Stimmung zwar weiter ein, bleibt aber weiterhin gut. Die konjunkturelle Verlangsamung, insbesondere die anhaltende Schwäche im verarbeitenden Gewerbe, spiegelte sich zuletzt auch in einem geringeren Aufbau der Beschäftigung wider. Insgesamt sind die Arbeitsmärkte so weit geräumt, dass die Löhne weiter anziehen dürften. Dies dürfte zusammen mit anhaltend niedrigen Energiepreisen und geringen Inflationsraten die real verfügbaren Einkommen und den Konsum stützen.

Auch die günstigeren Finanzierungsbedingungen werden der Weltkonjunktur wohl etwas Auftrieb verleihen. So ist die Geldpolitik in den Vereinigten Staaten und im Euroraum sowie in vielen Schwellenländern expansiver ausgerichtet als noch in der ersten Jahreshälfte. Auch wenn die Zentralbanken der USA und des Euroraums ihre Geldpolitik voraussichtlich nicht weiter lockern werden, dürften die bereits gesetzten Impulse sowie künftige Leitzinssenkungen in einigen Schwellenländern die finanziellen Rahmenbedingungen weiter lockern. Auch die finanzpolitische Ausrichtung bleibt global expansiv. Mehrausgaben sind in einigen europäischen Ländern und China sowie weiteren Schwellenländern, etwa in Indien, geplant.

Alles in allem dürfte die Weltwirtschaft nur moderat expandieren, belastet durch eine anhaltend träge Investitionstätigkeit. Damit wird der Konsum wohl Hauptstütze der globalen Konjunktur bleiben. Die Weltwirtschaft dürfte dieses Jahr um 3,6 Prozent und den kommenden zwei Jahren um jeweils 3,7 Prozent wachsen (Tabelle). Das DIW Berlin hebt seine Prognose im Vergleich zum Herbst damit etwas an.

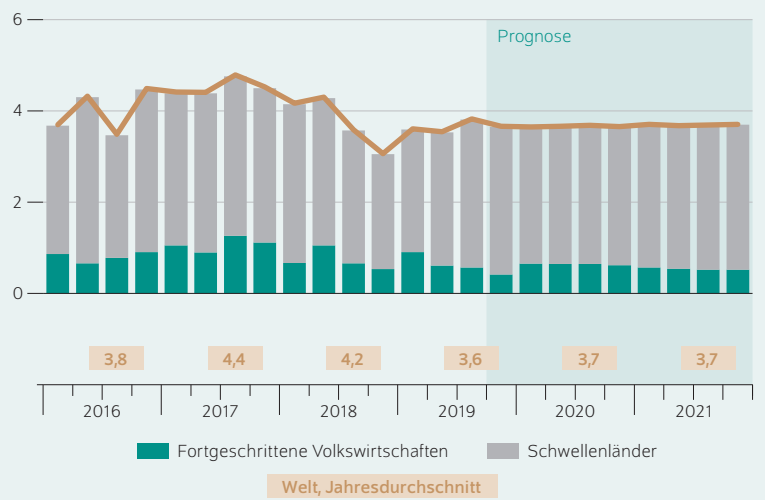
Die abwärtsgerichteten Risiken haben sich im Vergleich zur Herbstprognose leicht verringert. So hat sich der Handelskonflikt zwischen den Vereinigten Staaten und China im dritten Quartal etwas entspannt. Die für Oktober geplanten Zollerhöhungen auf chinesische Produkte wurden zunächst verschoben und die Verhandlungsgespräche zwischen den beiden Ländern wieder aufgenommen. Jedoch bleibt das Risiko einer Eskalation der weltweiten Handelskonflikte insgesamt hoch, dazu trägt auch der Hongkong-Konflikt bei. Zudem besteht trotz Terminaufschub auch künftig das Risiko eines ungeordneten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union. Vor allem die Zollstreitigkeiten, aber auch ein harter Brexit dürfte den bislang robusten Konsum in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften schwächen und die globale Konjunktur verlangsamen.

USA: Privater Verbrauch trägt die Konjunktur

Im dritten Quartal des laufenden Jahres hat die Wirtschaft der Vereinigten Staaten moderat um annualisiert 2,1 Prozent zugelegt. Getragen wurde die Expansion von den privaten

Abbildung 1

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts Jeweils zum Vorquartal, in Prozent



Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW Wintergrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Die Weltwirtschaft kommt nicht in Schwung.

und öffentlichen Konsumausgaben, während die Unternehmensinvestitionen zurückgingen.

Obleich sich der Handelsstreit zwischen den USA und China im dritten Quartal leicht entspannte, ist eine baldige umfassende Einigung unwahrscheinlich.¹ So dürften die Unternehmen sich angesichts des andauernden Handelskonflikts zwischen den Vereinigten Staaten und China weiterhin mit Investitionen zurückhalten. Auch die Spannungen zwischen den USA und der Europäischen Union dürften die Investitionstätigkeit der Unternehmen dämpfen.² Ein tragender Wachstumspfeiler der US-Wirtschaft ist derzeit die private Konsumnachfrage, die durch die solide Entwicklung am Arbeitsmarkt gestützt wird. Zwischen September und November sind durchschnittlich 205 000 neue Stellen entstanden. Die Erwerbsbeteiligung ist zuletzt ein

¹ Im August des laufenden Jahres kam es im Handelskonflikt zwischen den Vereinigten Staaten und China zu einer weiteren Eskalation und der Ankündigung weiterer Zollerhöhungen. Ab dem 15. Dezember sollen auf beinahe alle Importe der USA aus China Sonderzölle erhoben werden. China hat seinerseits Zölle auf verschiedene amerikanische Produkte erhöht. Im Herbst kam es zumindest vorläufig zu einer leichten Entspannung im Handelskonflikt. So wurden bestehende Sonderzölle auf chinesische Importe, deren Wert sich im Jahr 2017 auf rund 250 Milliarden US-Dollar belaufen hatte, zum 15. Oktober nicht wie geplant auf 30 Prozent erhöht. Zudem haben die Regierungen der beiden Länder Gespräche aufgenommen, die zumindest in einzelnen Fragen des Handelskonflikts zu einer weiteren Entspannung beitragen sollen. Bislang haben diese Verhandlungen aber noch zu keiner Einigung geführt.

² Gegenüber der Europäischen Union hält die US-Regierung die Drohung aufrecht, Sonderzölle auf Fahrzeuge und Fahrzeugteile zu erheben. Eine Verschlechterung der transatlantischen Handelsbeziehungen zeichnet sich auch durch die in einigen EU-Ländern neu eingeführten Steuern auf Umsätze von digitalen Dienstleistungsanbietern ab, welche vor allem amerikanische Unternehmen betreffen. Die US-Regierung hat Anfang Dezember der französischen Regierung damit gedroht, als Vergeltungsmaßnahme Zölle zu erhöhen, von denen insbesondere einige französische Luxusprodukte betroffen wären.

Tabelle

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021
Euroraum	1,9	1,2	1,1	1,4	1,7	1,2	1,2	1,4	8,2	7,5	7,4	7,2
ohne Deutschland	2,0	1,5	1,2	1,3	1,7	1,1	1,0	1,3	10,3	9,6	9,3	9,1
Frankreich	1,7	1,3	1,3	1,4	1,9	1,2	1,3	1,3	9,1	8,5	8,2	8,1
Italien	0,7	0,2	0,5	0,8	1,2	0,8	1,0	1,1	10,6	10,0	9,9	9,7
Spanien	2,4	2,0	1,7	1,6	1,7	0,9	1,2	1,5	15,3	14,1	13,7	13,4
Niederlande	2,5	1,7	1,5	1,6	1,6	2,6	1,4	1,5	3,9	3,5	3,6	3,7
Vereinigtes Königreich	1,4	1,3	1,2	1,6	2,4	1,9	2,1	2,2	4,2	4,0	4,1	4,2
USA	2,9	2,3	1,9	1,7	2,4	1,8	2,1	1,9	3,9	3,7	3,5	3,5
Japan	0,8	0,9	0,6	0,8	0,8	0,6	0,9	1,1	2,5	2,4	2,3	2,3
Südkorea	2,7	1,8	2,2	2,0	1,6	0,6	1,2	1,4	3,8	3,8	3,7	3,6
Mittel- und Osteuropa	4,5	4,1	3,6	3,5	2,2	2,7	2,8	2,8	3,8	3,4	3,2	3,2
Türkei	2,9	0,3	2,5	2,6	16,4	14,9	11,1	9,8	11,0	13,9	13,7	13,5
Russland	2,0	1,2	1,8	1,9	2,9	4,5	3,7	4,1	4,8	4,6	4,5	4,4
China	6,5	6,2	6,1	6,0	2,5	3,3	3,6	3,6	4,1	4,1	4,1	4,1
Indien	7,3	5,7	6,2	6,1	3,9	3,5	3,7	3,5				
Brasilien	1,1	0,7	1,0	1,3	3,8	3,7	3,9	4,2	12,3	12,1	11,4	10,9
Mexiko	2,0	0,1	1,1	1,1	4,9	3,5	3,3	3,2	3,4	3,6	3,6	3,5
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	2,3	1,8	1,5	1,5	2,0	1,4	1,7	1,7	4,8	4,5	4,4	4,3
Schwellenländer	5,5	4,7	5,0	5,0	3,6	4,0	4,0	4,0	5,1	5,2	5,2	5,1
Welt	4,2	3,6	3,7	3,7	3,0	3,0	3,1	3,1	5,0	4,9	4,8	4,8

Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW Wintergrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

wenig gestiegen – wohl im Zuge zunehmender Knappheiten am Arbeitsmarkt. Diese Entwicklungen dürften auch künftig die verfügbaren Einkommen erhöhen und den privaten Konsum begünstigen.

Zudem dürfte die zuletzt etwas expansivere Geldpolitik die Konjunktur auch im Prognosezeitraum stützen. Seit Ende Juli hat die US-Notenbank angesichts etwas niedrigerer Wachstumsaussichten und eines geringen Inflationsdrucks ihre Leitzinsen in drei Schritten um jeweils einen Viertelprozentpunkt reduziert. Mit weiteren Leitzinssenkungen ist vorerst aber nicht zu rechnen. Alles in allem dürfte die US-Wirtschaft im Jahr 2019 wohl um 2,3 Prozent zulegen. Im weiteren Prognosehorizont ist insbesondere aufgrund der auslaufenden finanzpolitischen Impulse mit einer Verlangsamung der Konjunktur zu rechnen. So werden die Wachstumsraten in den Jahren 2020 und 2021 wohl bei 1,9 und 1,7 Prozent liegen.

China: Außenhandel stabilisiert sich

Das Wirtschaftswachstum in China fiel im dritten Quartal nur leicht von 1,6 Prozent im Vorquartal auf 1,5 Prozent. Die Wachstumsrate gegenüber dem Vorjahr sank auf sechs Prozent und damit auf den geringsten Wert seit 25 Jahren. Unklar ist angesichts der schwierigen saisonalen

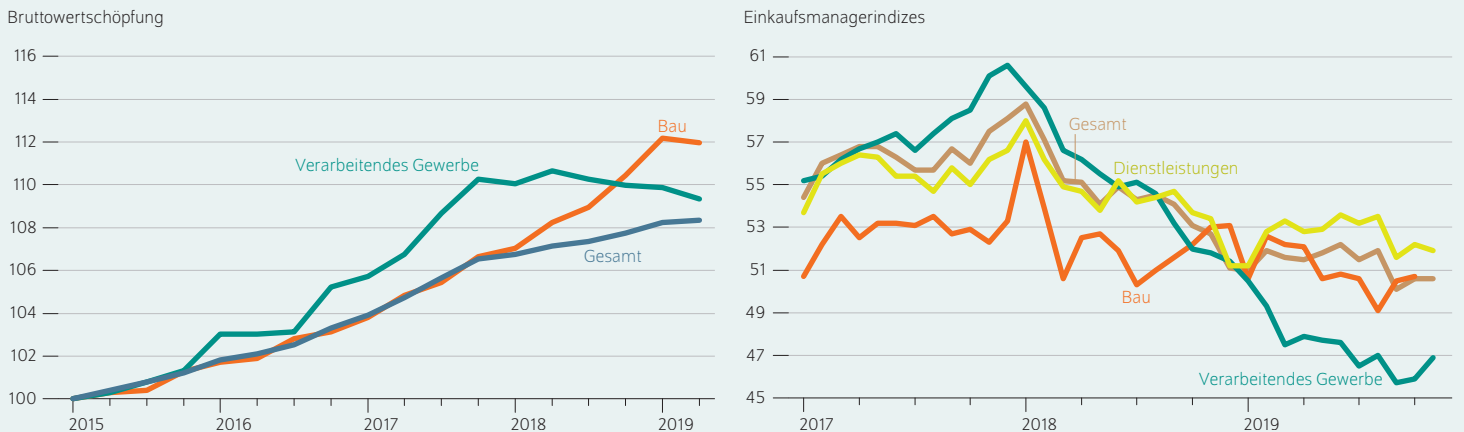
Bereinigung der chinesischen Wirtschaftsdaten, inwieweit dieser Rückgang lediglich die mittelfristige Wandlung der Volkswirtschaft zu einem binnenwirtschaftlich gestützten Wachstum reflektiert oder auf den Handelskonflikt mit den USA zurückzuführen ist. Unstrittig dürfte allerdings sein, dass der Zollstreit zur Konjunkturabschwächung in den vergangenen Quartalen beigetragen hat. Sowohl die Exporte als auch die Importe liegen deutlich unter dem jeweiligen Niveau des Jahres 2018. Allerdings stabilisierten sich beide im Verlauf des Jahres 2019, so dass davon auszugehen ist, dass die bisherigen beiderseitigen Zollerhebungen keine weiteren starken Bremsspuren hinterlassen dürften.

Der konjunkturelle Ausblick hat sich daher etwas aufgehellt. Der Markit-Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe ist im November erneut leicht angestiegen. Er liegt mittlerweile bei 51,8 Punkten und damit fast vier Punkte über seinem zyklischen Tief zu Jahresbeginn, als der Zollstreit zwischen den USA und China seinen bisherigen Höhepunkt erreichte. Zwar waren im dritten Quartal versöhnlichere Töne von beiden Seiten zu hören, was sich auch in einem Rückgang der handelspolitischen Unsicherheit im Herbst widerspiegelte. Allerdings dürften gegensätzliche Positionen zum Umgang mit den Protesten in Hongkong negativ auf die künftigen Handelsgespräche ausstrahlen, so dass die Verunsicherung insgesamt wohl hoch bleibt.

Abbildung 2

Bruttowertschöpfung und Einkaufsmanagerindizes im Euroraum

Indizes, 1. Quartal 2015 = 100 (linke Grafik), Indizes in Punkten (rechte Grafik)



Quellen: Eurostat, Markit.

© DIW Berlin 2019

Trotz leichter Stimmungsaufhellung hält die schwache Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe an.

Alles in allem dürfte die chinesische Wirtschaft sich zyklisch leicht stabilisieren. Für die nächsten beiden Jahre ist aufgrund der strukturellen Wachstumsverlangsamung aber mit leicht niedrigeren Expansionsraten als in diesem Jahr zu rechnen, für das es wohl 6,2 Prozent sein werden.

Euroraum: Industrieschwäche belastet Konjunktur

Im Euroraum legte das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal um 0,2 Prozent und somit erneut deutlich geringer als noch zu Jahresbeginn zu. Vor allem der private Verbrauch stützte die Konjunktur, allerdings weniger kräftig als in den Vorquartalen. Die schwache Investitionstätigkeit und der negative Außenhandelsbeitrag dämpften die Expansion hingegen merklich.

Auch im Prognosezeitraum wird die Konjunktur vorerst wohl nicht an Schwung gewinnen, das Wachstum dürfte spürbar geringer als in den vergangenen Jahren ausfallen. Hierzu dürfte vor allem die schwache Entwicklung in der Industrie beitragen: Im verarbeitenden Gewerbe hellte sich die Stimmung der Unternehmen zuletzt zwar wieder leicht auf (Abbildung 2, rechte Grafik), der branchenbezogene Einkaufsmanagerindex liegt aber weiterhin unterhalb der Expansionsschwelle von 50 Prozent. Zudem legen harte Indikatoren wie die Kapazitätsauslastung und die Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe eine anhaltend schwache Entwicklung der Industrie nahe (Abbildung 2, linke Grafik). Im Dienstleistungssektor hat sich die Stimmung zuletzt etwas eingetrübt, dennoch blieben die Auswirkungen der schwachen Entwicklung in der Industrie für diesen Wirtschaftszweig bisher begrenzt. Vor allem globale Unsicherheiten,

etwa mit Blick auf die anhaltenden Handelskonflikte sowie die weiterhin nicht geklärten künftigen Beziehungen der Europäischen Union und des Vereinigten Königreichs belasten die exportorientierte Industrie. Daneben bremsen Probleme im Automobilsektor, eine Abkühlung der wirtschaftlichen Dynamik in wichtigen Absatzmärkten und eine schwache Entwicklung der Produktivität das Wachstum.

Der insgesamt robuste Arbeitsmarkt wird den privaten Verbrauch im Prognosezeitraum wohl weiter stützen, wenn gleich weniger kräftig als in den vergangenen Quartalen. So war der Beschäftigungsaufbau in den vergangenen Monaten bereits rückläufig, und in den meisten Mitgliedstaaten liegen die Arbeitslosenquoten inzwischen in der Nähe und teilweise leicht unterhalb der strukturellen Raten.³ Somit dürfte weniger die Ausweitung der Beschäftigung als ein anhaltender Anstieg der Nominallohne – bei einer weiterhin niedrigen Inflation – die real verfügbaren Einkommen stützen (Abbildung 3). Der private Verbrauch wird daher im Prognosezeitraum wohl Haupttreiber der Konjunktur bleiben, jedoch mit geringeren Raten als in den vergangenen Quartalen expandieren.

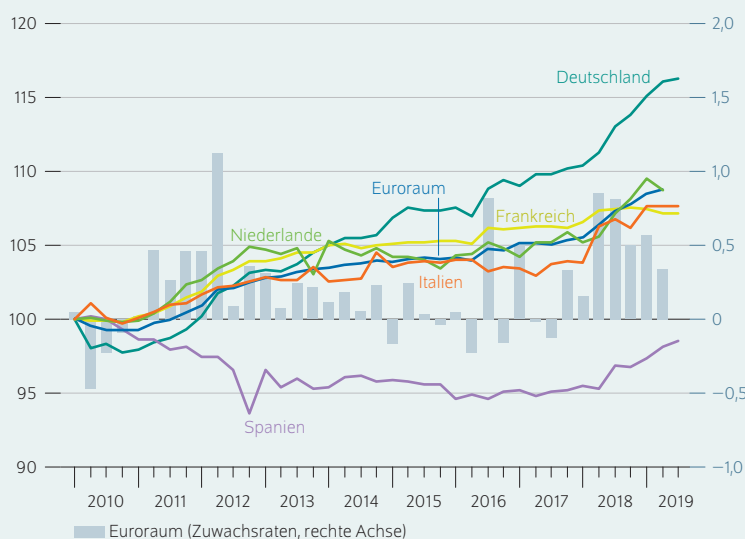
Die Schwäche der Industrie dürfte sich vor allem zu Beginn des Prognosezeitraums in einer gedämpften Entwicklung der Exporte und der Investitionen niederschlagen. Zugleich wird aufgrund einer robusten Importnachfrage der privaten Haushalte in den Niederlanden, Frankreich und Italien

³ Gängige Maße dieser strukturellen Raten stellen empirische Schätzungen der theoretisch fundierten gleichgewichtigen Arbeitslosenquoten dar. Diese beschreiben das Niveau der Arbeitslosigkeit, das sich bei konstanter Inflation („NAIRU“) beziehungsweise konstanten Löhnen („NAWRU“) langfristig einstellen würde.

Abbildung 3

Lohnstückkosten im Euroraum

Indizes, 1. Quartal 2010 = 100, Veränderung im Euroraum in Prozent (rechte Skala)



Quelle: Eurostat.

© DIW Berlin 2019

Die Lohnstückkosten stiegen in den vergangenen Quartalen spürbar.

der Wachstumsbeitrag des Außenhandels im kommenden Jahr wohl negativ sein. In einigen Mitgliedstaaten dürften finanzpolitische Impulse die Investitionstätigkeit etwas stützen, dennoch wird deren Expansionsbeitrag im Prognosezeitraum wohl nur gering ausfallen.

Die konjunkturelle Abschwächung und die weiterhin niedrige Inflation veranlassten die Europäische Zentralbank, den Expansionsgrad der Geldpolitik weiter zu erhöhen. So beschloss die EZB im September eine Reihe von Maßnahmen wie die Ausweitung der Nettoanleihekäufe und die weitere Senkung des Zinssatzes für die Einlagefazilität, zu welchem Geschäftsbanken Liquidität bei der EZB halten können.⁴ Aufgrund dieser expansiven Maßnahmen wird unterstellt, dass die Leitzinsen bis Ende des Prognosezeitraums unverändert bei null liegen werden, im Herbst wurde noch eine erste Zinsanhebung im Jahr 2021 unterstellt.

Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt in diesem und im kommenden Jahr um jeweils 1,2 und 1,1 Prozent steigen, im Jahr 2021 dürfte das Wachstum dann bei 1,4 Prozent liegen.

⁴ Diese beiden genannten Maßnahmen sind zwar die am häufigsten diskutierten, tatsächlich wurde aber ein ganzes Paket an Maßnahmen beschlossen, die alle ineinandergreifen. So wurde neben der Senkung der Einlagefazilität auch die Einführung eines zweistufigen Systems für die Verzinsung der Reserverguthaben beschlossen. Dabei wird die Überschussliquidität der Banken zum Teil vom negativen Einlagesatz befreit. Zudem änderte der EZB-Rat auch die Modalitäten der bereits Anfang September dieses Jahres begonnenen dritten Serie der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (TLRG III).

Vereinigtes Königreich: Binnenkonjunktur kühlt sich ab

Die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs wuchs im dritten Quartal um 0,3 Prozent, nachdem sie im zweiten Quartal leicht geschrumpft war. Die Rückkehr zu positiven Wachstumsraten verdankte die britische Wirtschaft maßgeblich den Exporten und dem privaten Konsum. Dagegen schrumpften die Investitionen weiter und die hohen Lagerbestände gingen zurück, die in der ersten Jahreshälfte als Vorsichtsmaßnahme gegen einen möglichen harten Brexit aufgebaut worden waren.

Am 28. Oktober 2019 wurde der Austrittstermin des Vereinigten Königreichs aus der EU um drei Monate auf den 31. Januar 2020 verschoben. Der Aufschub und die Unterhauswahlen am 12. Dezember lassen die Austrittsmodalitäten weiterhin unklar und verschieben das Risiko eines harten Brexit. Allerdings deuten die merkliche Aufwertung des britischen Pfunds und Umfragen⁵ darauf hin, dass ein solcher etwas unwahrscheinlicher geworden ist.

Daher hat sich der Ausblick für die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs im dritten Quartal leicht aufgehellt. Zwar sind die Einkaufsmanagerindizes für das verarbeitende Gewerbe und die Dienstleistungen zuletzt leicht gesunken. Anders als im Sommer liegen beide dennoch nur marginal unter der Expansionsschwelle. Auch der geldpolitische Ausblick ist etwas expansiver geworden.

Die Brexit-Unsicherheit lastet allerdings mittlerweile schon so lange auf dem Land, dass sie die bisher recht robusten binnenwirtschaftlichen Expansionskräfte in Mitleidenschaft zu ziehen droht. Der Beschäftigungsaufbau flachte sich ebenso wie der Lohnanstieg ab; die Zuversicht der Konsumenten liegt laut GfK-Index auf niedrigem Niveau. Für das nächste Jahr ist daher zunächst mit einer weiteren Verlangsamung der gesamtwirtschaftlichen Expansion zu rechnen: von 1,3 Prozent in diesem Jahr auf 1,2 Prozent im kommenden Jahr. Im Jahr 2021 dürfte das Wachstum infolge eines Rückgangs der Brexit-Unsicherheit und einer leichten Erholung des Welthandels dann mit 1,6 Prozent etwas stärker ausfallen.

Mittel- und Osteuropa: Konjunkturelle Lage verschlechtert sich

Das Wachstum in den Ländern Mittel- und Osteuropas entwickelt sich uneinheitlich. In Polen, der größten Volkswirtschaft der Region, lag das Wachstum mit 1,7 Prozent deutlich höher als im Vorquartal; dies war die höchste Wachstumsrate innerhalb der Europäischen Union. Auch in Ungarn legte die Wirtschaft kräftig um erneut 1,1 Prozent zu. Demgegenüber hat sich das Wachstum in Tschechien deutlich abgeschwächt; aber auch in Bulgarien und Rumänien flachten

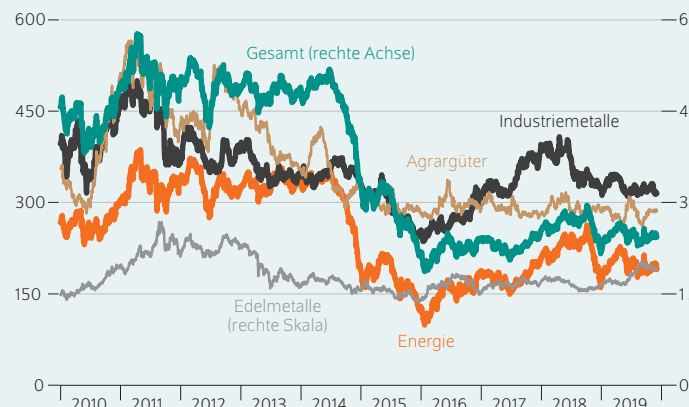
⁵ Eine Umfrage von Reuters zeigt, dass private Unternehmen sowie öffentliche Institutionen im Oktober einen harten Brexit mit einer durchschnittlich 60-prozentigen Wahrscheinlichkeit erwartet haben. Im November wurde ein ungeordneter Austritt des Vereinigten Königreichs nur noch mit 40-prozentiger Wahrscheinlichkeit erwartet.

Abbildung 4

Indikatoren zum weltwirtschaftlichen Umfeld

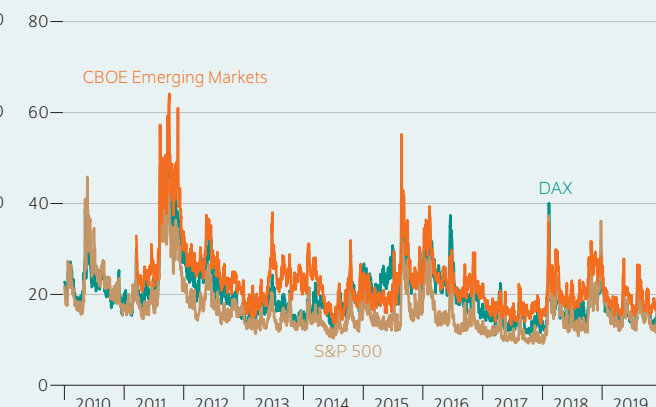
1. Rohstoffe

S&P Goldman Sachs Commodity Index, Price Return, US-Dollar



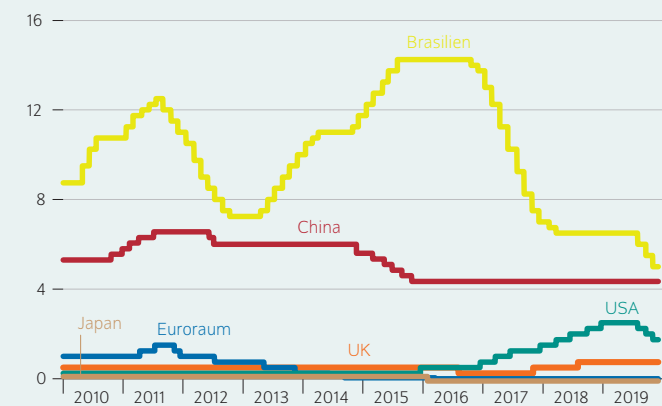
2. Implizite Volatilität

Schwankungen der Indizes in Punkten



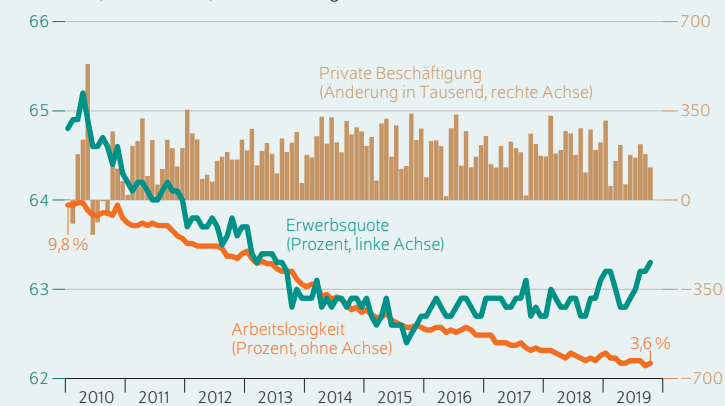
3. Leitzinsen

In Prozent



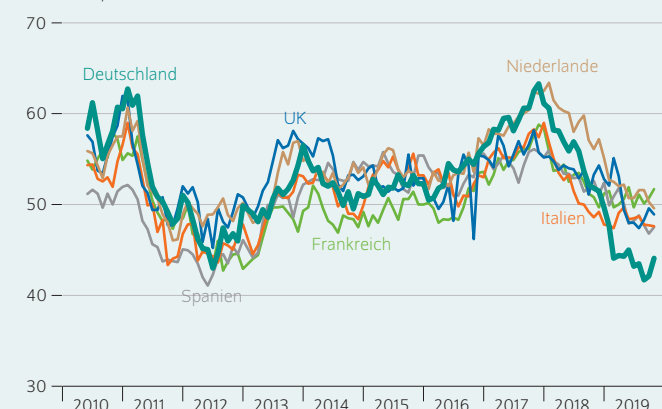
4. Arbeitsmarktsituation in den Vereinigten Staaten

Monats-/Quartalsdaten, saisonbereinigt



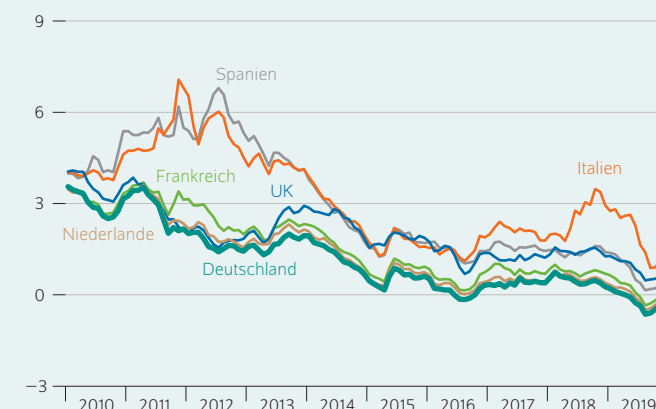
5. Einkaufsmanagerindizes in Europa

In Punkten, verarbeitendes Gewerbe



6. Rendite von zehnjährigen Staatsanleihen in Europa

In Prozent



Anmerkung: Letzte Beobachtungen: 3. Dezember 2019 (Abbildungsteile 1 bis 3); 1. Oktober 2019 (Abbildungsteil 4); 1. November 2019 (Abbildungsteile 5 und 6).

Quellen: S&P Dow Jones Indices (Abbildung 1); Deutsche Börse, CBOE, (Abbildung 2); EZB, PBoC, Federal Reserve, BoE, BOJ, Central Bank of Brazil (Abbildung 3); Bureau of Labor Statistics (Abbildung 4); IHS Markit (Abbildung 5); Macrobond (Abbildung 6).

die Wachstumsraten im Vergleich zum Vorquartal etwas ab. Treiber in den meisten Ländern ist der private Konsum. Die Beschäftigungslage in der Region ist gut und die realen Einkommen legen angesichts einer moderaten Preisentwicklung meist weiter zu. In Polen war im Vorfeld der Parlamentswahlen im Herbst die Einführung einer „13. Rente“⁶ und die Ausweitung des Kindergelds beschlossen worden; auch die Exporte haben offenbar zum Wachstum beigetragen. In Ungarn wurden die Investitionen ausgeweitet. Demgegenüber haben in Tschechien geringe Investitionen und der schwache Außenhandel das Wachstum im dritten Quartal gedämpft.

Aufgrund eines etwas schwächeren außenwirtschaftlichen Umfelds dürfte sich im weiteren Verlauf die konjunkturelle Lage leicht verschlechtern. Der private Konsum dürfte weiterhin stützend wirken. Im verarbeitenden Gewerbe gibt es keine Hinweise auf eine Aufhellung der Stimmung. Zuletzt blieb der entsprechende Einkaufsmanagerindex in Polen und Tschechien unter der Expansionsschwelle. Nachdem das Wachstum in Mittel- und Osteuropa im Jahr 2019 4,1 Prozent betragen haben dürfte, wird es in den Jahren 2020 und 2021 bei 3,6 und 3,5 Prozent liegen.

Russland: Exporte ziehen wieder an

Das Wachstum der russischen Wirtschaft hat sich im dritten Quartal deutlich erhöht: Die Produktion ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,7 Prozent gestiegen; im ersten

Halbjahr waren es nur 0,7 Prozent. Insbesondere die Exporte haben wieder angezogen; diese hatten sich im ersten Halbjahr teils aus temporären Gründen (Stopp verunreinigter Öllieferungen) schwach entwickelt. Auch wurden Lagerbestände aufgebaut. Die Investitionstätigkeit blieb indes erhalten. Der private Konsum dürfte ebenfalls kaum für eine Belebung gesorgt haben. Hierauf deuten die nur moderat gestiegenen Einzelhandelsumsätze hin. Die verfügbaren Einkommen haben geringfügig zugenommen und die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich nicht weiter verbessert.

Im weiteren Verlauf dürfte die Exporttätigkeit wieder anziehen, da temporär dämpfende Effekte wegfallen. Auch der private Konsum wird wohl moderat stützend wirken. Das Konsumentenvertrauen hat sich zuletzt leicht verbessert. Allerdings wurde die Vergabe von Konsumentenkrediten an strengere Vorgaben geknüpft. Angesichts der sinkenden Teuerungsrate hat die russische Zentralbank den Leitzins Ende Oktober nochmals deutlich um 0,5 Prozentpunkte gesenkt; dies war die vierte Leitzinssenkung im laufenden Jahr. Die Investitionstätigkeit wird wohl nicht deutlich anziehen. Private Unternehmen sind angesichts geringer Auftragseingänge zurückhaltend. Der Einkaufsmanagerindex des verarbeitenden Gewerbes verharrt unter der Expansionsschwelle. Die Umsetzung der „Nationalen Projekte“⁷ kommt offenbar noch nicht in Gang. Insgesamt dürfte das Wachstum im laufenden Jahr etwas mehr als ein Prozent betragen und im Prognosezeitraum um 1,8 Prozent im nächsten Jahr und 1,9 Prozent im darauffolgenden Jahr zulegen.

⁶ Im Frühjahr kurz vor den Wahlen zum Europäischen Parlament erhielten Polens Rentnerinnen und Rentner eine einmalige „13. Rente“. Im Wahlkampf für das polnische Parlament Sejm, das im Oktober gewählt wurde, versprach die regierende PiS-Partei, die 13. Rente als ständige Zahlung vorzusehen, was den polnischen Staat jährlich rund zwei Milliarden Euro kosten wird. Vgl. Dominik Owczarek (2019): Soziale Probleme lösen oder Wähler gewinnen? Die Sozialpolitik der PiS seit 2015. Polen-Analysen Nr. 246.

⁷ Die russische Regierung verabschiedete im Mai ein Dekret mit zwei nationalen Entwicklungszielen, die mithilfe von Investitionen im Umfang von 370 Milliarden Euro zum Teil aus der Privatwirtschaft bis zum Jahr 2024 umgesetzt werden sollen.

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Geraldine Dany-Knedlik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Stefan Gebauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sgebauer@diw.de

Malte Rieth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mrieth@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 49+50/2019:

www.diw.de/diw_weekly



Deutsche Wirtschaft: Industrie kämpft sich mühsam aus der Krise

Von Claus Michelsen, Marius Clemens, Max Hanisch, Simon Junker, Laura Pagenhardt und Thore Schlaak

ABSTRACT

Die deutsche Wirtschaft befindet sich nach wie vor in einer Schwächephase. Die Industrieproduktion setzt die Talfahrt zunächst fort, allerdings gibt es Zeichen, die auf eine langsame Erholung hinweisen. Ab dem Jahreswechsel dürfte das verarbeitende Gewerbe die Produktion allmählich ausweiten – ein Ausstrahlen der Industrierezession auf den Dienstleistungssektor und die Bauwirtschaft wird deshalb weniger wahrscheinlich. Letztere Sektoren profitieren von der recht kräftigen Nachfrage der privaten Haushalte, die durch die weiterhin günstige Arbeitsmarktlage und finanzpolitische Stimuli angeregt wird. Deswegen dürfte der Zuwachs beim Bruttoinlandsprodukt, nach 0,5 Prozent in diesem Jahr, mit 1,2 Prozent im kommenden Jahr und 1,4 Prozent im Jahr 2021 wieder höher ausfallen.

Die Wirtschaftsleistung wird im Schlussquartal dieses Jahres voraussichtlich schrumpfen, um gut 0,1 Prozent (Abbildung 1). Die industrielle Wertschöpfung dürfte weiter eingebrochen sein. Im kommenden Jahr wird sie aber wohl bei einem soliden Auslandsgeschäft allmählich wieder hochgefahren (Tabelle 1). Die deutsche Wirtschaft wird dann wieder kräftiger wachsen (Abbildung 2 und Tabelle 2). Insgesamt sinkt gleichwohl die Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und wird im Prognosezeitraum in etwa dem langjährigen Durchschnitt entsprechen (Abbildung 3).

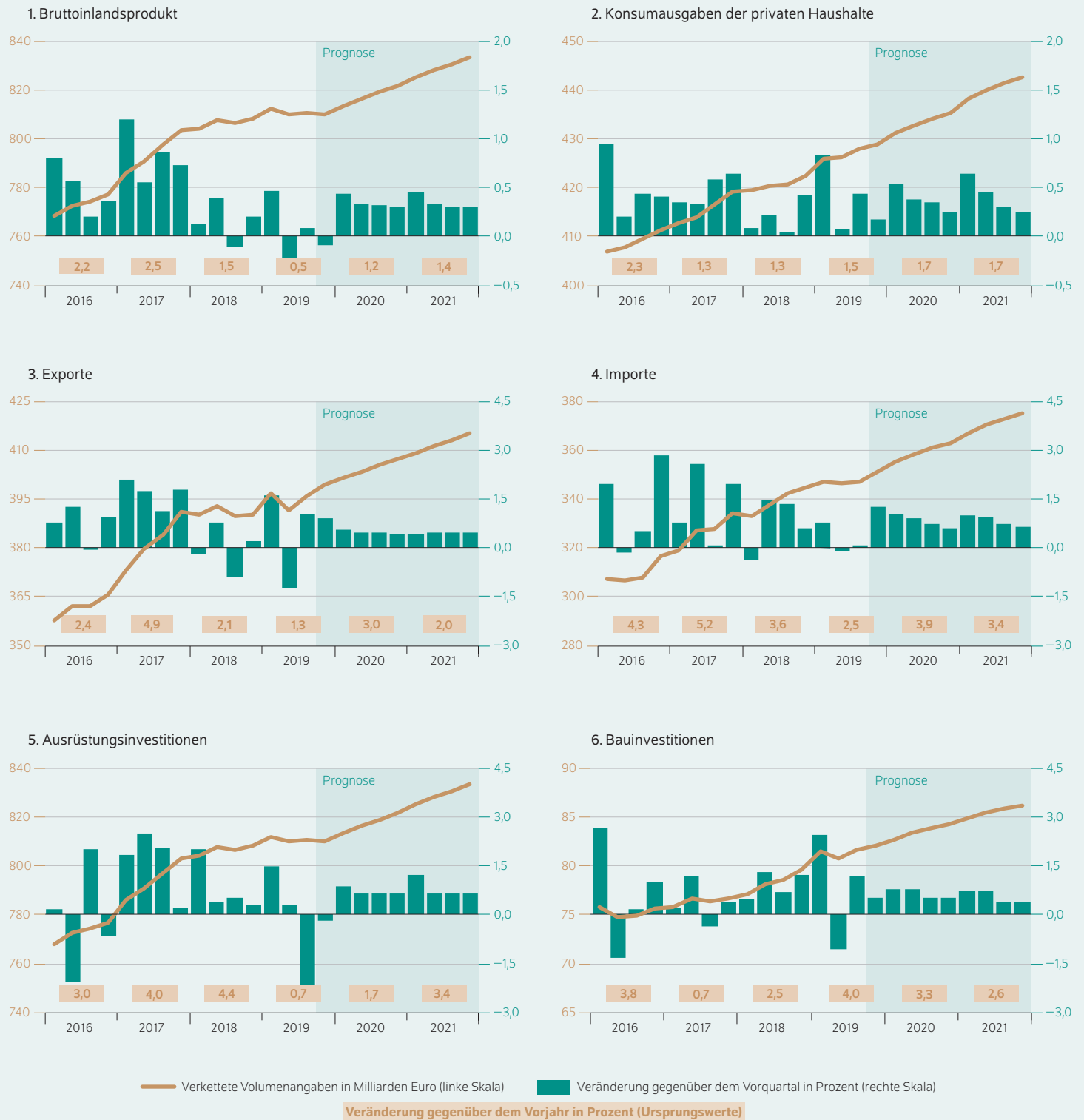
Die Abkühlung der Weltkonjunktur hat die deutsche Exportindustrie zwischenzeitlich relativ stark belastet, zuletzt legten die Ausfuhren jedoch schon wieder zu. Ein großer Teil dieser Nachfrage dürfte aus den gut gefüllten Lagern bedient worden sein. Die Industrieproduktion – allen voran bei den für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft besonders wichtigen Automobilherstellern und den Maschinenbauern – ging bis zuletzt deutlich zurück. Die Auslandsnachfrage dürfte im Prognosezeitraum ihren moderaten Aufwärtstrend aber fortsetzen und damit die Industrieproduktion beleben. Die Zuwächse dürften sich im Vergleich zur vorangegangenen Aufschwungphase in etwa halbieren. Geprägt von Handelskonflikten, einer zyklischen Abkühlung der Investitionsgüternachfrage, aber auch strukturellen Faktoren, wie einer gemächlicheren Gangart der chinesischen Wirtschaft, dürfte der Welthandel einem merklich flacheren Wachstumspfad folgen. Die mit den Handelskonflikten verbundenen Risiken bleiben bestehen, sind aber etwas zurückgegangen. Dies dürfte dazu beigetragen haben, dass sich die Stimmung im verarbeitenden Gewerbe zuletzt leicht aufgehellt hat. Die Auftragslage hat sich stabilisiert.

Im Zuge der Flaute im verarbeitenden Gewerbe ist die Beschäftigung in der Industrie und in manchen industrienahe Dienstleistungszweigen zuletzt zurückgegangen. Ab dem Jahreswechsel dürfte die Zahl der Erwerbstätigen aber auch dort kaum noch sinken und im späteren Verlauf wieder steigen. Der Beschäftigungsaufbau insgesamt fällt in den kommenden beiden Jahren mit durchschnittlich je 160 000 Personen allerdings deutlich schwächer aus als im Aufschwung der vergangenen Jahre. Die Arbeitslosigkeit

Abbildung 1

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Wintergrundlinien 2019. Prognose ab dem vierten Quartal 2019.

Tabelle 1

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungs- und Entstehungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; saison- und kalenderbereinigt

	2019				2020				2021			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,8	0,1	0,4	0,2	0,5	0,4	0,4	0,3	0,6	0,5	0,3	0,3
Öffentliche Konsumausgaben	0,6	0,6	0,8	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Bruttoanlageinvestitionen	1,6	-0,3	-0,1	0,3	0,9	0,8	0,6	0,6	1,0	0,7	0,5	0,5
Bauten	2,5	-1,1	1,2	0,5	0,8	0,8	0,5	0,5	0,7	0,7	0,4	0,4
Ausrüstungen	1,5	0,3	-2,6	-0,2	0,9	0,6	0,6	0,6	1,2	0,6	0,6	0,6
Sonstige Investitionen	-0,6	0,9	1,0	0,9	1,3	0,9	0,8	0,8	1,3	0,7	0,7	0,7
Lagerveränderung ¹	-0,9	0,2	-0,7	-0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,0	0,0	0,0	0,9	-0,1	0,5	0,4	0,4	0,7	0,5	0,4	0,4
Außenbeitrag ¹	0,4	-0,6	0,5	-0,1	-0,2	-0,1	-0,1	0,0	-0,2	-0,2	-0,1	0,0
Export	1,6	-1,3	1,0	0,9	0,6	0,5	0,5	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5
Import	0,8	-0,1	0,1	1,3	1,0	0,9	0,8	0,6	1,0	1,0	0,7	0,7
Bruttoinlandsprodukt	0,5	-0,2	0,1	-0,1	0,4	0,3	0,3	0,3	0,5	0,3	0,3	0,3
Bruttowertschöpfung	0,4	-0,3	-0,1	-0,1	0,4	0,3	0,3	0,3	0,5	0,3	0,3	0,3
Verarbeitendes Gewerbe	-1,1	-1,3	-1,1	-1,4	0,7	0,5	0,5	0,5	0,6	0,5	0,5	0,5
Baugewerbe	1,1	-0,8	2,0	-0,7	1,0	0,8	0,5	0,5	0,8	0,7	0,4	0,4
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	2,5	-0,6	-0,1	0,3	0,6	0,5	0,5	0,4	1,0	0,5	0,4	0,4
Unternehmensdienstleister	0,6	-0,1	-0,2	-0,1	0,4	0,4	0,4	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	-0,1	0,5	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1

1 Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Wintergrundlinien 2019. Prognose ab dem vierten Quartal 2019.

© DIW Berlin 2019

Tabelle 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	2,2	2,5	1,5	0,5	1,2	1,4
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	43 655	44 248	44 854	45 252	45 408	45 584
Erwerbslose, ILO	1 775	1 621	1 469	1 356	1 338	1 285
Arbeitslose, BA	2 691	2 533	2 340	2 266	2 278	2 226
Erwerbslosenquote, ILO ²	4,1	3,8	3,4	3,2	3,2	3,0
Arbeitslosenquote, BA ²	6,1	5,7	5,2	5,0	5,0	4,8
Verbraucherpreise ³	0,5	1,5	1,8	1,4	1,5	1,6
Lohnstückkosten ⁴	1,2	1,2	2,5	3,4	1,6	1,5
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
in Milliarden Euro	37,1	40,3	62,4	51,7	24,6	6,3
in Prozent des BIP	1,2	1,2	1,9	1,5	0,7	0,2
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	8,5	8,1	7,4	7,6	7,4	6,8

1 In Preisen des Vorjahres.

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) bzw. zivilen Erwerbspersonen (BA).

3 Verbraucherpreisindex.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; DIW Wintergrundlinien 2019. Prognose ab 2019.

© DIW Berlin 2019

wird im Jahr 2021 unter fünf Prozent sinken. Qualifizierte Arbeitskräfte bleiben knapp und der Lohnauftrieb entsprechend hoch.

Schon allein die steigenden Lohneinkommen kurbeln den Konsum und damit die konsumnahen Dienstleister an, die nach wie vor kräftig zum Wachstum der deutschen Wirtschaft beitragen. Zudem profitieren die privaten Haushalte wie bereits in diesem Jahr weiter von spürbaren Einkommensschüben durch die Finanzpolitik: So werden die Renten recht kräftig steigen, Steuererleichterungen auf den Weg gebracht und besonders der weitgehende Abbau des Solidaritätszuschlags lässt die verfügbaren Einkommen steigen. Auch die moderate Inflation belastet mit Raten von etwa anderthalb Prozent die Kaufkraft nur wenig.

Von der dynamischen Einkommensentwicklung und den günstigen Finanzierungsbedingungen wird weiterhin auch der Wohnungsbau profitieren. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften zunächst schwach bleiben und auch im späteren Verlauf angesichts der anhaltenden Unsicherheiten nur allmählich an Dynamik gewinnen.

Inflation: Preisentwicklung weiter moderat

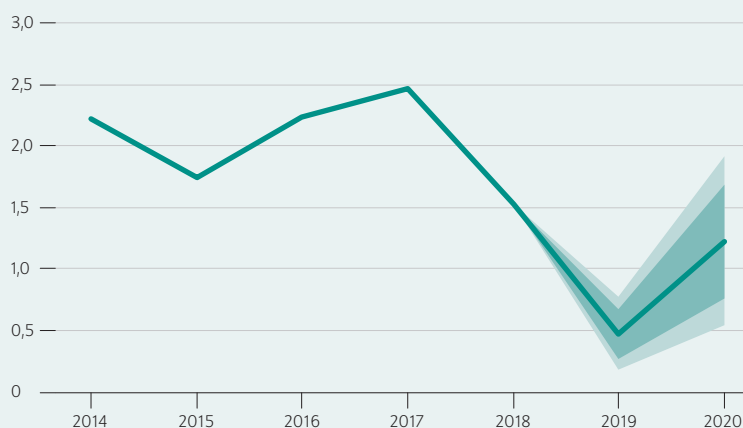
Die Verbraucherpreise ziehen leicht an. Die stark schwankenden Energiepreise überdecken dies allerdings – sie sanken im dritten Quartal und werden voraussichtlich auch im vierten Quartal nachgeben. Deswegen ist auch die Teuerungsrate auf zuletzt 1,1 Prozent zurückgegangen. Die Kernrate, die die Energiepreisentwicklung ausblendet, lag indes höher, bei gut anderthalb Prozent. Während die Energiepreise im weiteren Verlauf bei annahmegemäß sinkenden Ölpreisen (Tabelle 3) nicht zur Teuerung beitragen, dürfte die Kernrate von knapp 1,5 Prozent im kommenden Jahr auf 1,8 Prozent im Jahr 2021 zulegen. Die Unternehmen werden angesichts des kräftigen privaten Verbrauchs und insgesamt in etwa normal ausgelasteten Kapazitäten die Lohnsteigerungen zumindest teilweise an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergeben. Alles in allem dürfte die Inflation in diesem Jahr bei 1,4 Prozent liegen und im weiteren Verlauf etwas – über 1,5 Prozent im kommenden Jahr auf 1,6 Prozent im Jahr 2021 – ansteigen.

Arbeitsmarkt: Industrieflaute macht sich bemerkbar

Der Arbeitsmarkt erweist sich insgesamt als eine Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, obgleich vor allem der Beschäftigungsaufbau eine deutlich schwächere Dynamik als noch in den Vorjahren verzeichnet. Sowohl im verarbeitenden Gewerbe als auch bei den Unternehmensdienstleistern wurden im dritten Quartal jeweils knapp 20 000 Stellen abgebaut. Dennoch waren insgesamt rund 40 000 Personen mehr erwerbstätig als im Vorquartal, da insbesondere im Bereich der öffentlichen Dienstleister Neueinstellungen zu verzeichnen waren. Auch die konjunkturell bedingte Kurzarbeit bewegt sich auf einem sehr niedrigen Niveau.

Abbildung 2

Prognoseintervalle für die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts In Prozent



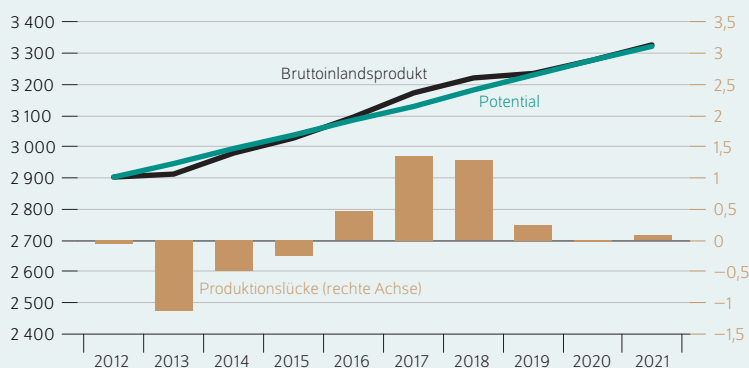
Quelle: DIW Wintergrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Die deutsche Wirtschaft dürfte im kommenden Jahr wieder stärker wachsen, allerdings ist die Prognose mit Unsicherheiten behaftet.

Abbildung 3

Bruttoinlandsprodukt und Potential beziehungsweise Produktionslücke In Milliarden Euro beziehungsweise Prozent des Potentials



Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Wintergrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Die Auslastung der Produktionskapazitäten normalisiert sich bereits in diesem Jahr.

Tabelle 3

Annahmen dieser Prognose

		2019	2020	2021
EZB-Leitzins	Prozent	0,0	0,0	0,0
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	-0,4	-0,4	-0,4
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit zehnjähriger Restlaufzeit	0,4	0,3	0,4
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit zehnjähriger Restlaufzeit	-0,2	-0,3	-0,2
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,12	1,11	1,11
Tarifliche Monatslöhne	Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	3,0	2,5	2,5
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	63,9	59,5	57,6
Erdölpreis	Euro/Barrel	57,1	53,8	52,1

Quelle: DIW Herbstgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Der Beschäftigungsaufbau setzt sich auch im Winter 2019 fort (Abbildung 4). Die monatliche Erwerbstätigenstatistik verzeichnete im Oktober ein Plus von 30 000 Personen und auch die Beschäftigungsbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und des ifo Instituts deuten auf eine Ausweitung der Erwerbstätigkeit hin. Im weiteren Prognoseverlauf wird die Beschäftigung weiter kontinuierlich steigen. Das Beschäftigungsplus wird jedoch, entsprechend der schwächeren Produktionsausweitung, in den beiden kommenden Jahren mit rund 160 000 und 175 000 Personen geringer ausfallen als noch in der jüngeren Vergangenheit.

Gedämpft wurde die Arbeitsmarktentwicklung durch leicht steigende Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Im dritten Quartal stiegen beide Größen um rund 20 000 Personen an, auch wenn zu berücksichtigen ist, dass dieser Anstieg aufgrund einer Korrektur der Arbeitslosenstatistik im Mai 2019 überzeichnet sein dürfte. Im Winterhalbjahr 2019 dürfte die Arbeitslosigkeit vorübergehend sogar ansteigen, nicht zuletzt, weil im produzierenden Gewerbe und bei den industrienahe Dienstleistern zunächst weiter Stellen abgebaut werden. Ab dem Frühjahr 2020 dürfte die Arbeitslosigkeit jedoch wieder sinken – wenngleich nur mit geringem Tempo. Zu Buche schlägt dabei auch, dass das Erwerbspersonenpotential allenfalls noch geringfügig steigt. Die Arbeitslosigkeit wird in diesem und im kommenden Jahr bei etwa 2,3 Millionen Personen liegen; im Jahr 2021 dürfte sie auf 2,2 Millionen sinken. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 5,0 Prozent in den Jahren 2019 und 2020 sowie 4,8 Prozent im Jahr 2021.

Die Löhne je Beschäftigten sind im dritten Quartal um 1,0 Prozent gegenüber dem zweiten Quartal gestiegen. Hier dürfte sich insbesondere das in der Tarifrunde 2018 vereinbarte Zusatzgeld der IG Metall bemerkbar gemacht haben, jedoch verzeichneten auch andere Wirtschaftszweige, etwa Handel, Verkehr und Gastgewerbe, überdurchschnittliche Gehaltssteigerungen. Die Bruttomonatslöhne dürften im laufenden Jahr recht deutlich zulegen, um rund 3,0 Prozent, und damit unter dem Strich in etwa so stark wie im vergangenen Jahr. Die Tariflöhne (inklusive Sonderzahlungen)

steigen mit rund 3,1 Prozent in gleicher Größenordnung an.¹ In den beiden kommenden Jahren schwächt sich die Lohnentwicklung – sowohl von Effektiv- als auch von Tariflöhnen – etwas ab. Dennoch ergibt sich eine leicht steigende Lohndrift, denn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer befinden sich angesichts weiterhin bestehender Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor in einer guten Verhandlungsposition. Dass die Lohndrift nicht stärker ausfällt, liegt daran, dass die konjunkturelle Entwicklung verhalten bleibt.

Privater Verbrauch schaltet einen Gang höher

Der private Verbrauch hat im bisherigen Jahresverlauf kräftig zugelegt. Nach wie vor hat dazu maßgeblich die gute Arbeitsmarktentwicklung beigetragen; die Löhne steigen in der Summe in diesem Jahr um voraussichtlich gut vier Prozent. Der Beschäftigungsaufbau hat allerdings zuletzt Schwung eingebüßt und wird auch im weiteren Verlauf verhaltener sein als in den vergangenen Jahren. Brutto legen die Löhne deswegen dann nur noch um gut drei Prozent zu. Netto steigen sie indes in jedem Jahr deutlich stärker an als brutto, weil die Bundesregierung eine Reihe von Entlastungen auf den Weg gebracht hat. Bereits zu Jahresbeginn 2019 gab es steuerliche Entlastungen, vor allem hat aber die Wiederherstellung der paritätischen Krankenkassenfinanzierung einen Teil der Beitragslast von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf die Arbeitgeber abgewälzt. Auch in den kommenden beiden Jahren steht eine Reihe entlastender Maßnahmen an – dazu zählen ein Abbau der kalten Progression und die Anhebung von steuerlichen Freibeträgen. Die Nettolöhne steigen nach 4,6 Prozent im laufenden Jahr um 3,5 Prozent im kommenden Jahr und um 4,2 Prozent im Jahr 2021, dann steigen sie – gerade auch im Vergleich zu den Bruttolöhnen – besonders dynamisch, weil der Abbau des Solidaritätszuschlags durchschlägt.

Hinzu kommen einmal mehr kräftig steigende Renten. So hoch wie in diesem Jahr, als zudem auch die Mütterrente ausgeweitet wurde, fallen die Zuwächse in den kommenden Jahren zwar nicht aus, sie bleiben aber überdurchschnittlich. Die staatlichen Transfers kompensieren damit alles in allem die gedämpften Lohneinkommen; die Masseneinkommen dürften ihr hohes Tempo der vergangenen Jahre – von etwa vier Prozent – deswegen halten. Die Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und aus Vermögen sind dagegen vor allem aufgrund der konjunkturellen Abkühlung in diesem Jahr gesunken. Weil sich diese im Zuge der günstigeren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aber normalisieren dürften, legen die verfügbaren Einkommen in den kommenden beiden Jahren mit deutlich über drei Prozent wieder dynamischer zu als in diesem Jahr.

Bei im Wesentlichen konstanter Sparquote – diese dürfte lediglich in Reaktion auf die Soli-Abschmelzung im Jahr

¹ Für die Jahre 2020 und 2021 liegen bereits für rund 75 beziehungsweise 25 Prozent der Beschäftigten (in tarifgebundenen Unternehmen) gültige Tarifvereinbarungen vor. Auslaufende Tarifverträge werden im Normalfall nicht nahtlos verlängert. Deswegen liegt der Anteil der ArbeitnehmerInnen mit gültigen Tarifverträgen durchschnittlich bei 83 Prozent.

2021 etwas zulegen – und weiter moderater Teuerung dürfte der Konsum der privaten Haushalte kräftig steigen und die Nachfrage nach heimischen Gütern und Dienstleistungen, aber auch die Importe, anregen.

Ausrüstungsinvestitionen: Unternehmen üben sich weiter in Zurückhaltung

Die Investitionstätigkeit der Unternehmen hat sich zuletzt stabilisiert, nachdem sie im zweiten Quartal noch rückläufig war. Die staatlichen Ausgaben für neue Maschinen, Anlagen und Geräte sind hingegen um rund 36 Prozent gesunken, sodass auch im dritten Quartal unter dem Strich weniger in neue Ausrüstungen investiert wurde. Nach wie vor drücken die Rezession in der Industrie und die Unsicherheiten auf die Investitionsbereitschaft.

Auch im Schlussquartal des Jahres 2019 werden die Ausrüstungsinvestitionen – darauf deuten die vorliegenden Indikatoren hin (Kasten) – allenfalls stagnieren und Ersatzanschaffungen im Vordergrund stehen. Erst im Verlauf des kommenden Jahres dürften die Investitionstätigkeit bei allmählich anziehender gesamtwirtschaftlicher Dynamik wieder etwas stärker zulegen. So hat die Entwicklung bei den Geschäftserwartungen zuletzt ins Positive gedreht, und die mittlerweile wohl etwas unterausgelasteten Kapazitäten im verarbeitenden Gewerbe dürften dann wieder etwas stärker beansprucht werden. Während die Finanzierungskonditionen weiterhin sehr günstig sind, dämpft die wirtschaftspolitische Unsicherheit die Investitionstätigkeit. Erst im Jahr 2021 – wenn die gesamtwirtschaftliche Aktivität in etwa mit dem Produktionspotential wächst – dürfte sich auch jahresdurchschnittlich wieder eine höhere Rate bei den Ausrüstungsinvestitionen ergeben.

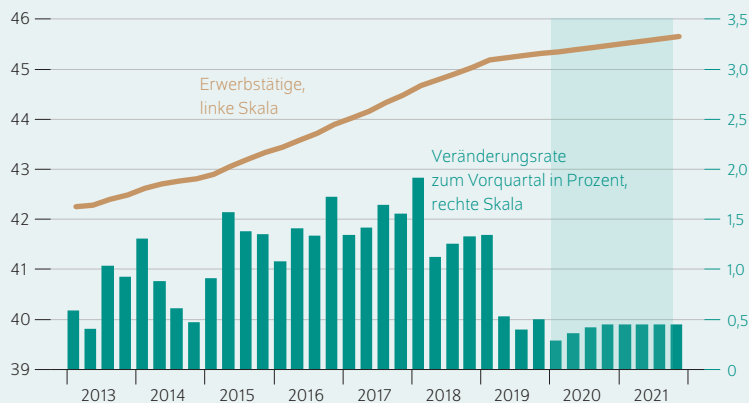
Bauinvestitionen: Lebhaftes Herbstgeschäft

Auch in den Sommermonaten wurden auf den Baustellen in Deutschland weiter lebhaft die Kellen geschwungen. Vor allem der Wohnungsbau legte nach der Verschnaufpause im zweiten Quartal mit rund zwei Prozent kräftig zu. Auch die staatlichen Bauinvestitionen wurden deutlich ausgeweitet – lediglich im Wirtschaftsbau fiel die Entwicklung etwas weniger kräftig aus. Im Prognosezeitraum dürfte die Bautätigkeit in allen Bereichen aufwärtsgerichtet bleiben (Tabelle 4). Für das Schlussquartal des Jahres 2019 deuten die Indikatoren allerdings nur auf eine Ausweitung der Bautätigkeit um ein halbes Prozent hin.

Gerade die Bedingungen für Wohnungsbauinvestitionen bleiben vorteilhaft: Die Zinsen für Baugeld haben in den Sommermonaten neue Tiefststände erreicht. Aktuell müssen Haushalte über alle Laufzeiten hinweg einen durchschnittlichen Zinssatz von rund 1,28 Prozent zahlen. Zudem stärkt die Finanzpolitik die ohnehin recht kräftigen Realeinkommenszuwächse mit Entlastungen, die teilweise wohl auch für Investitionen in den Wohnungsbestand genutzt werden. Etwas bremsen dürfte die Tatsache, dass die Dynamik bei den neu genehmigten Projekten seit geraumer Zeit recht gering

Abbildung 4

Erwerbstätige In Millionen Personen (saisonbereinigt)



Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Wintergrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Die Zahl der Erwerbstätigen steigt im Prognosezeitraum weiter an.

Tabelle 4

Reale Bauinvestitionen

Konstante Preise, Veränderung in Prozent

	2018	2017	2018	2019	2020	2021
	Anteile in Prozent	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr				
Wohnungsbau	61	0,6	3,0	4,3	4,1	3,0
Nichtwohnungsbau	39	0,9	1,7	3,5	2,1	1,9
Gewerblicher Bau	27	1,1	0,6	2,5	1,5	1,5
Öffentlicher Bau	12	0,6	4,3	5,7	3,2	2,6
Bauinvestitionen	100	0,7	2,5	4,0	3,3	2,6
Ausrüstungen		4,0	4,4	0,7	1,7	3,4

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Wintergrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

ist. Belasten dürfte zudem die fortwährende Debatte über zusätzliche Regulierungen wie den Mietendeckel.

Der Wirtschaftsbau dürfte weiterhin durch die konjunkturelle Schwäche gebremst sein. Trotz der niedrigen Zinsen werden sich gerade Industrieunternehmen zurückhalten, wenn es um die Erweiterung ihrer baulichen Anlagen geht. Bei Büro- und Verwaltungsgebäuden dürfte die Dynamik hingegen stärker ausfallen – die Nachfrage in den konsumnahen Bereichen wird aller Voraussicht nach weiterhin robust bleiben. Im Trend legen auch die Auftragseingänge im Tiefbau zu. Hierzu zählen auch Maßnahmen im Bereich des Netz- und Mobilfunkausbaus sowie Investitionen der Deutschen Bahn.

Kasten

Prognosemodelle

Um eine modellbasierte Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung am aktuellen Rand für jede Verwendungskomponente des Bruttoinlandsprodukts zu erstellen, sollte möglichst vielen relevanten Einflussfaktoren Rechnung getragen werden. Aus diesem Grund übersteigt in der Praxis die Zahl der vorliegenden Indikatorvariablen für die jeweilige Verwendungskomponente bei weitem die Anzahl der Variablen, die aus statistischen Gründen in traditionelle Eingleichungsmodelle aufgenommen werden können. Die Prognosen des DIW Berlin beruhen deshalb auf den Vorhersagen aus zwei Modellklassen, die durch die Möglichkeit zur Aufnahme einer hohen Anzahl erklärender Variablen charakterisiert sind. Einerseits kommen Faktormodelle zur Prognose der Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsprodukts zur Anwendung. Andererseits werden die Verwendungskomponenten mit sogenannten Model-Averaging-Ansätzen prognostiziert.

Für das **Bruttoinlandsprodukt** deuten die Modelle auf eine nahezu stagnierende Wirtschaftsleistung hin. Die Produktionsindizes sind bis zuletzt deutlich gesunken – auch wenn man berücksichtigt, dass aufgrund des Brückentags nach dem Tag der deutschen Einheit die tatsächliche Entwicklung unterzeichnet sein mag, wird die Industrie die Ausbringungsmenge erneut deutlich zurückfahren. Dies spricht für ein sinkendes Bruttoinlandsprodukt im Schlussquartal. Ein kräftiger Rückgang ist indes nicht zu befürchten, denn die Indikatoren für die konsumnahen Dienstleister haben zuletzt wieder etwas zugelegt. Auch hat sich die Stimmung im verarbeitenden Gewerbe bereits aufgeheit.

Der **private Konsum** dürfte auch nach dem kräftigen Vorquartal erneut zulegen, allerdings verhaltener. Die Einzelhandelsumsätze sind zuletzt eingebrochen, auch die Umsatzsteuereinnahmen haben sich im Oktober eher mäßig entwickelt. Die Verbraucherinnen

und Verbraucher blicken mittlerweile aber wieder zuversichtlicher in die Zukunft.

Die **Ausrüstungsinvestitionen** dürften im Schlussquartal sinken. Die inländischen Umsätze der Investitionsgüterhersteller lagen im Oktober unter dem Durchschnitt des dritten Quartals – die Auftragslage hat sich in den vergangenen Monaten hingegen nach und nach verbessert. Allerdings kam es auch bei den Bestellungen im Oktober zu einem Rücksetzer. Die Unsicherheit, etwa gemessen am „Economic Policy Uncertainty“-Index, ist hingegen etwas zurückgegangen (siehe dazu auch Abbildung 5 in diesem Bericht).

Die **Bauinvestitionen** dürften weiterhin expandieren. Die Indikatoren legen eine Ausweitung um rund 0,5 Prozent nahe, nachdem bereits in den Sommermonaten deutlich mehr in Bauten investiert wurde. Die Zahl der neuen Aufträge und der Auftragsbestand sprechen für eine rege Aktivität – der Produktionsindex hingegen gab im Oktober deutlich nach. Die Lagebewertung und auch die Erwartungen an die zukünftige Geschäftsentwicklung bleiben weiterhin weit überwiegend positiv.

Die **Exporte** dürften im vierten Quartal erneut zulegen. Die Warenausfuhren haben im Oktober ihren Aufwärtstrend fortgesetzt und neben den Exporterwartungen haben sich auch die Auftragseingänge aus dem Ausland stabilisiert. Überbordend dürften die Ausfuhren aber nicht zulegen: Indikatoren deuten darauf hin, dass die globale Abkühlung zwar weitestgehend gestoppt ist, aber dennoch nur verhaltene Zuwächse zu erwarten sind: Die globale Industrieproduktion hat zuletzt etwas zugelegt, der Welthandel kommt jedoch kaum vom Fleck. Gleichermäßen stagniert der Bundesbank-Frühindikator, der verschiedene globale Indikatoren verdichtet, um konjunkturelle Wendepunkte der weltweiten Industrieproduktion anzuzeigen.

Vor allem der Bund hat seinen Investitionsetat erneut ausgeweitet und auch die finanzielle Lage der Kommunen eröffnet vielerorts zusätzliche Investitionsspielräume. Gestärkt werden diese zudem durch Mittel des Bundes für die Sanierung von Schulen und im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsfonds

Die Preise werden voraussichtlich weiter kräftig steigen. Die Marktlage eröffnet den Unternehmen des Baugewerbes derzeit erhebliche Preissetzungsspielräume – gleichzeitig sind auch die Löhne deutlich gestiegen. Etwas dämpfen dürften die nach Rückgängen künftig wohl wieder stabileren Energiepreise, die in der Bauwirtschaft und bei ihren Vorleistern eine wichtige Rolle spielen.

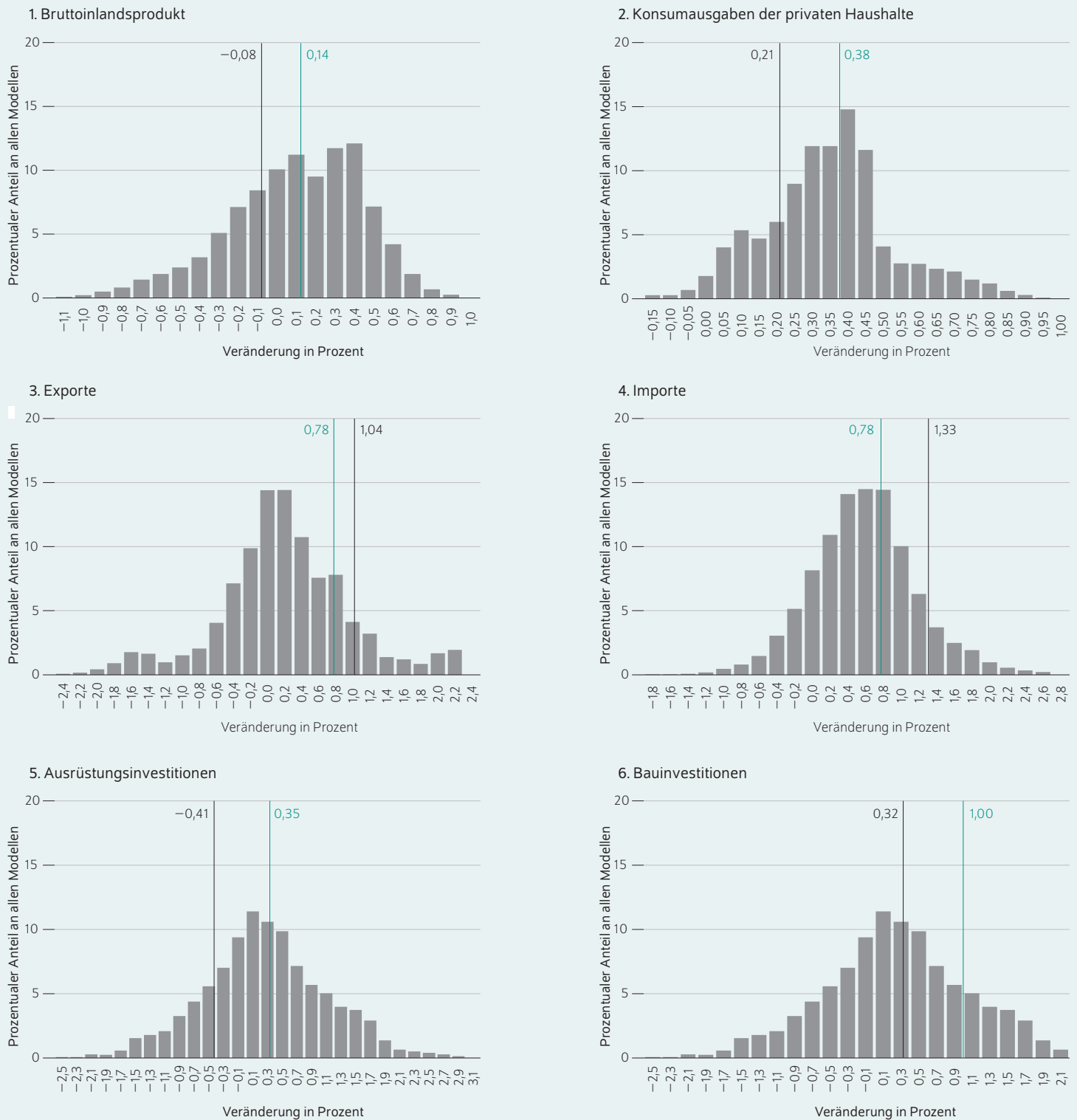
Außenhandel: Exporterwartungen etwas aufgeheit

Die außenwirtschaftliche Entwicklung trug im dritten Quartal positiv zum Wirtschaftswachstum bei: Die Exporte stiegen in realer Rechnung um 1,0 Prozent im Vergleich zum zweiten Quartal 2019, in dem allerdings ein deutlicher Rücksetzer der Warenausfuhren zu verzeichnen war. Positive Impulse kamen vor allem aus den EU-Ländern, wohingegen die Ausfuhren in die Vereinigten Staaten nachgaben. Entsprechend der gedämpften Investitionstätigkeit auf wichtigen Absatzmärkten, etwa in den Vereinigten Staaten oder im Vereinigten Königreich, war die Ausfuhr von Investitionsgütern zuletzt das zweite Quartal in Folge rückläufig. Demgegenüber stützte die ausländische Nachfrage nach Konsumgütern die Warenausfuhren.

Für das Schlussquartal deuten vorliegende Indikatoren einen Zuwachs bei den Ausfuhren an (Kasten). Demnach dürften

Abbildung

Histogramme der Model-Averaging-Ansätze und Punktschätzer



Quelle: DIW Wintergrundlinien 2019.

die Exporte im vierten Quartal wohl um knapp ein Prozent expandieren. Für einen im weiteren Verlauf hingegen nur moderaten Anstieg der Ausfuhren spricht, dass die ausländische Nachfrage nach Konsumgütern vorübergehend der wichtigste Treiber der Konjunktur auf den deutschen Absatzmärkten bleiben dürfte. Die Investitionsgüternachfrage dürfte weiterhin dämpfen, auch wenn sich zuletzt aufgrund der gesunkenen Wahrscheinlichkeit eines harten Brexit und aufgrund einer sich andeutenden Einigung im Handelsstreit zwischen den USA und China eine leichte Erholung abzeichnet.

Allerdings sollte die jüngste Entspannung dieser Konflikte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Expansionsraten der Ausfuhren im weiteren Prognoseverlauf unter den Zuwächsen der Auslandsnachfrage bleiben dürften. Grund dafür ist eine geringere Investitionsgüternachfrage. Dies dürfte die deutsche Exportwirtschaft in besonderem Maße beeinträchtigen, da Investitionsgüter einen hohen Anteil an den Gesamtausfuhren ausmachen.

Die deutschen Importe stagnierten im dritten Quartal nahezu. Hier dürfte sich insbesondere die Schwäche der inländischen Anlageinvestitionen bemerkbar gemacht. Bei – teils recht deutlich – steigender Konsumgüternachfrage und solider Exportentwicklung dürften die Importe im weiteren Verlauf aber kräftig zulegen.

Die Importpreise sind im dritten Quartal aufgrund der rückläufigen Ölpreise gesunken, was – bei in etwa stabilen Exportpreisen – eine Verbesserung der Terms of Trade nach sich zog. Im vierten Quartal und auch im weiteren Prognosezeitraum laufen die Effekte aber nach und nach aus, sodass die Terms of Trade in den kommenden beiden Jahren in etwa neutral ausfallen.

Öffentliche Finanzen: Überschüsse sind bereits bis 2021 verplant

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo beträgt bis zum dritten Quartal des Jahres 2019 53 Milliarden Euro und wird im Gesamtjahr wohl ähnlich hoch sein. Bis zum Ende des Prognosezeitraums im Jahr 2021 wird er jedoch kontinuierlich sinken (Tabelle 2).² Zum einen dämpft die schwächere Konjunktur die Zuwächse bei den Steuereinnahmen und

Sozialbeträgen. Zum anderen werden die privaten Haushalte durch verschiedene Maßnahmen, beispielsweise die schrittweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags und die Minderung der kalten Progression, bis 2021 entlastet. Demgegenüber stehen Mehreinnahmen aus der CO₂-Bepreisung im Rahmen des Klimaschutzpakets. Alles in allem steigen die gesamtstaatlichen Einnahmen in diesem Jahr um 3,2 Prozent. Der Anteil der Staatseinnahmen am nominalen Bruttoinlandsprodukt beträgt rund 46,8 Prozent. In den nächsten Jahren expandieren die Einnahmen dann mit jeweils 2,8 Prozent deutlich langsamer, sodass auch der Anteil leicht sinkt, auf dann 46,5 Prozent.

Die Ausgaben des Staates werden im Jahr 2019 deutlich steigen. Zum einen ist dies auf die expansiv ausgerichtete Finanzpolitik zurückzuführen, zum anderen trägt auch die verspätete Regierungsfindung aus dem letzten Jahr dazu bei. Besonders dynamisch haben sich dabei die Vorleistungskäufe und die investiven Ausgaben entwickelt, die sich um 5,2 beziehungsweise 9,2 Prozent erhöht haben dürften. In den Folgejahren wird sich die Dynamik mit 4,7 und 4,2 Prozent (Vorleistungen) beziehungsweise 6,8 und 5,9 Prozent (Investitionen) etwas abschwächen. Auch die monetären Sozialleistungen expandieren im laufenden Jahr mit 4,9 Prozent recht kräftig. Dies geht vor allem auf finanzpolitische Maßnahmen wie die Erweiterung der Mütterrente oder die Erhöhung des Kindergelds zurück. Auch in den nächsten Jahren dürfte die Dynamik nur leicht abnehmen, denn Rentenerhöhungen stehen erneut an. Außerdem soll wohl zum 1. Januar 2021 die Grundrente eingeführt werden. Zusammengefasst nehmen die Ausgaben damit kräftig zu, dieses und nächstes Jahr um 4,1 beziehungsweise 4,6 Prozent. Im Jahr 2021 werden die Ausgaben dann im Zuge der sich verschlechternden Kassenlage nicht mehr ganz so stark steigen.

Nach Bereinigung um konjunkturelle und Einmaleffekte dürfte der strukturelle Finanzierungssaldo im Jahr 2019 wohl rund 49 Milliarden Euro (1,4 Prozent in Relation zum Produktionspotential) betragen und im Jahr 2020 auf 23 Milliarden Euro (0,7 Prozent in Relation zum Produktionspotential) sinken.³ Im Jahr 2021 sinkt der strukturelle Finanzierungssaldo nochmals, auf dann drei Milliarden Euro. Der Bruttoschuldenstand des Staates in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt dürfte ohne zusätzliche Neuverschuldung bis 2021 auf 54 Prozent sinken und damit deutlich unterhalb des Maastricht-Referenzwertes liegen.

² Siehe dazu in dieser Wochenberichtsangabe Marius Clemens (2019): Öffentliche Finanzen: Haushaltsspielräume verflüchtigen sich nach und nach – Investitionsprogramm wäre sinnvoll. DIW Wochenbericht Nr. 50, 952–960.

³ Siehe dazu auch Tabelle 4 in Clemens (2019), a. a. O.

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Max Hanisch ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mhanisch@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Laura Pagenhardt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | lpagenhardt@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 49+50/2019:

www.diw.de/diw_weekly

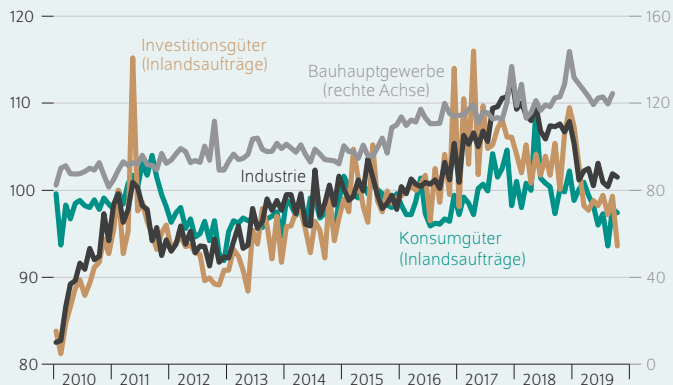


Abbildung 5

Konjunkturindikatoren für Deutschland

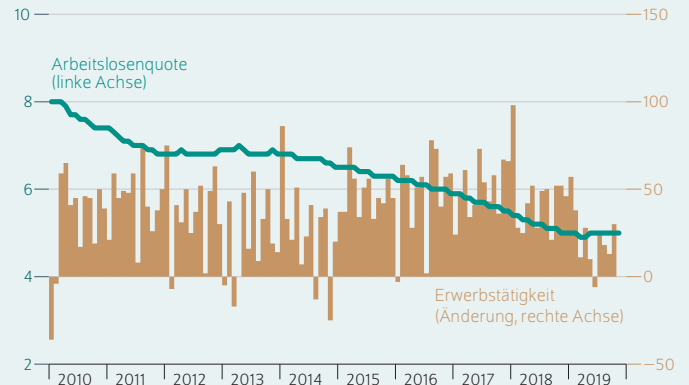
1. Auftragseingang

Kalender- und saisonbereinigte Werte



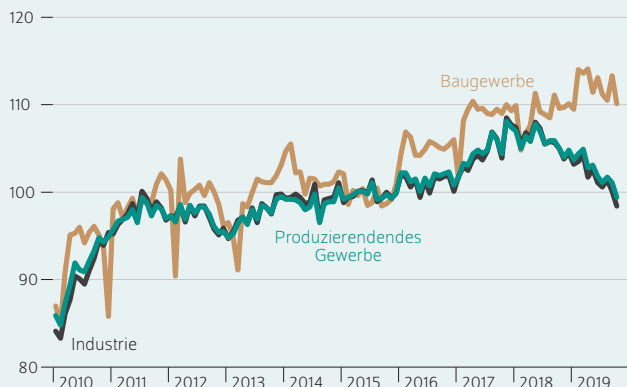
2. Arbeitsmarkt

In Prozent, in Tausend



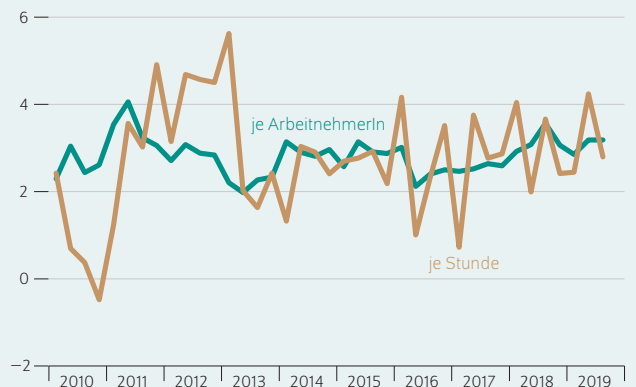
3. Produktionsindex

Kalender- und saisonbereinigte Werte



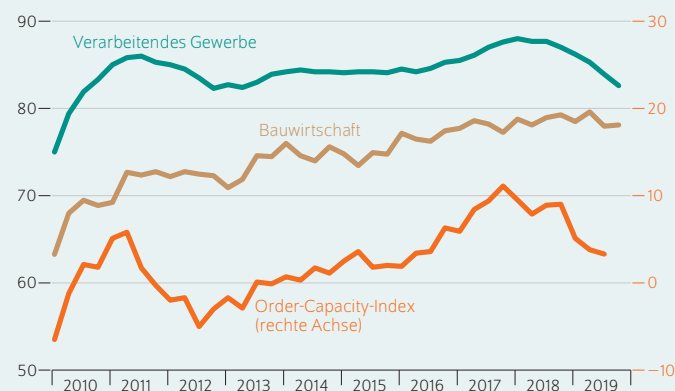
4. Löhne

Veränderung in Prozent



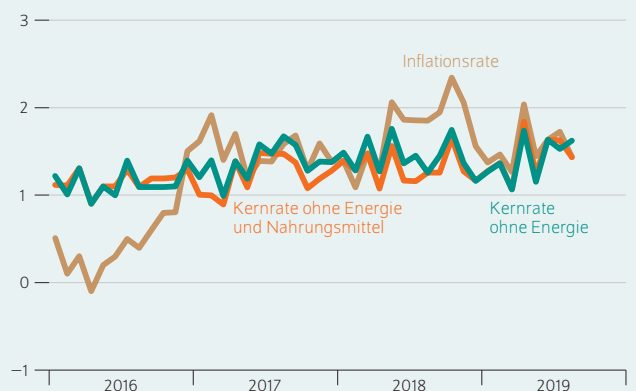
5. Kapazitätsauslastung

Kalender- und saisonbereinigte Werte



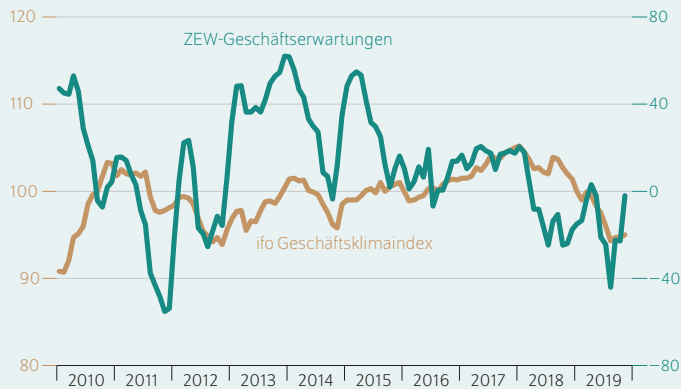
6. Preisentwicklung

In Prozent, saisonbereinigte Werte

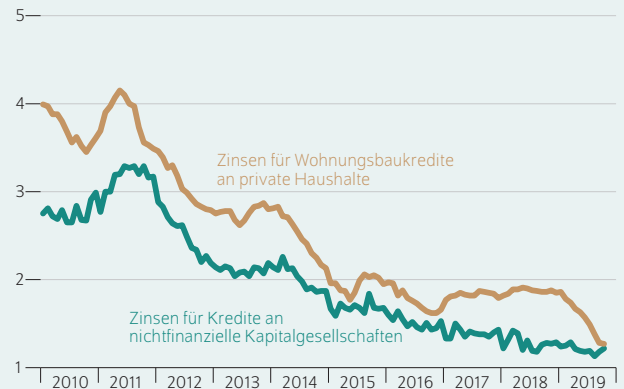


Quellen: (1, 3, 4, 6) Statistisches Bundesamt; (2) Deutsche Bundesbank; (5) ifo Institut; Deutsche Bundesbank; (7) ifo Institut; ZEW; (8, 10, 12) Deutsche Bundesbank; (9) Eurostat; Baker/Bloom/Davis; (11) Statistisches Bundesamt; Bundesministerium der Finanzen.

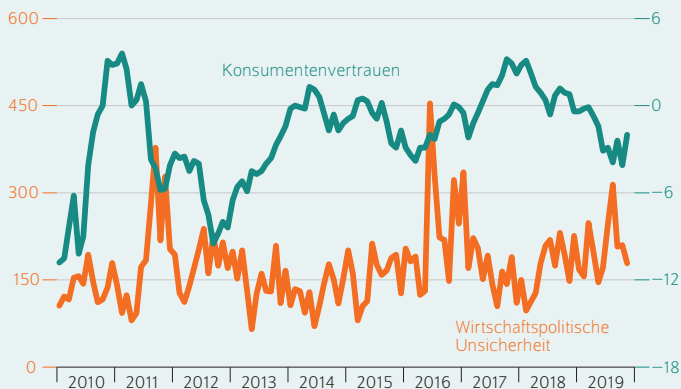
7. Unternehmensstimmung
Kalender- und saisonbereinigte Werte



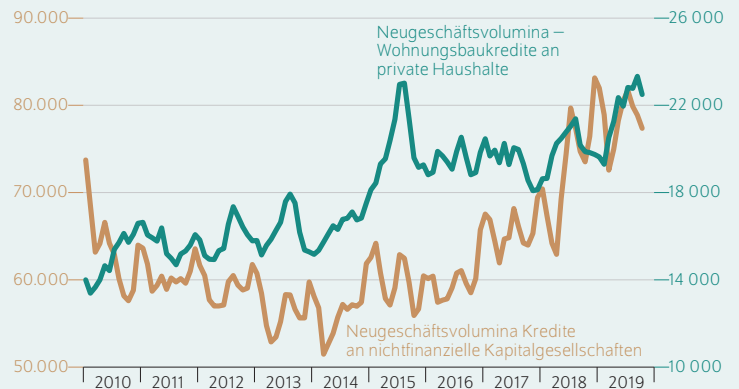
8. Zinsen
In Prozent



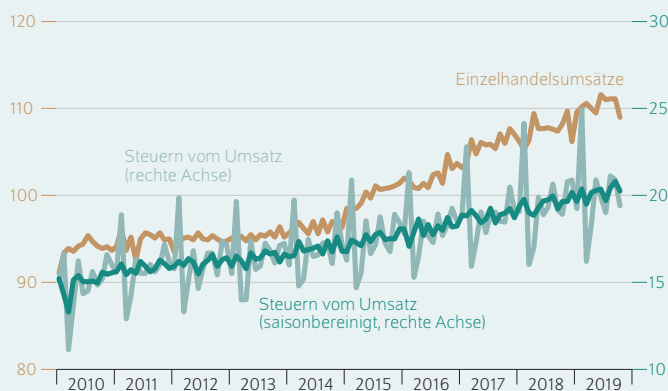
9. Konsumentenstimmung, wirtschaftspolitische Unsicherheit
Salden positiver/negativer Antworten; Newsindex



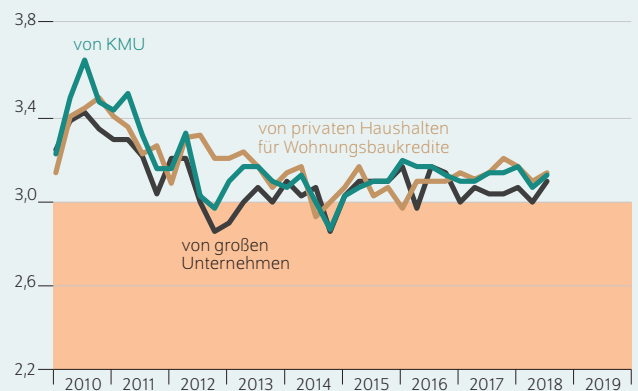
10. Kredite Neugeschäftsvolumina
Millionen Euro, gleitende Dreimonatsdurchschnitte



11. Umsatzsteueraufkommen und Einzelhandelsumsätze
Index 2010=100, Milliarden Euro



12. Kreditnachfrage in den kommenden drei Monaten
3=konstant, >3 steigt <3 sinkt



Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2019 bis 2021

	2018	2019	2020	2021	2019		2020		2021	
					1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
1. Entstehung des Inlandsprodukts										
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Erwerbstätige	1,4	0,9	0,3	0,4	1,1	0,7	0,4	0,3	0,4	0,4
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,2	−0,3	−1,0	0,0	0,4	−0,9	−0,3	−1,6	0,0	−0,1
Arbeitstage	−0,3	0,0	1,5	0,1	−0,8	0,8	0,5	2,4	0,0	0,2
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	1,3	0,6	0,9	0,5	0,7	0,6	0,5	1,2	0,4	0,6
Produktivität¹	0,2	−0,1	0,4	1,0	−0,2	0,0	0,1	0,6	1,0	0,9
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,5	0,5	1,2	1,4	0,4	0,5	0,7	1,8	1,5	1,4
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen										
a) Milliarden Euro										
Konsumausgaben	2 409,3	2 487,5	2 573,2	2 659,8	1 213,4	1 274,1	1 256,1	1 317,1	1 296,7	1 363,0
Private Haushalte²	1 743,7	1 793,7	1 848,7	1 906,6	876,3	917,3	903,7	945,0	930,2	976,4
Staat	665,6	693,8	724,5	753,2	337,0	356,8	352,4	372,1	366,5	386,6
Anlageinvestitionen	707,7	747,6	786,2	826,6	359,1	388,5	373,8	412,4	394,0	432,6
Bauten	344,3	374,4	399,5	422,7	180,0	194,3	191,1	208,4	202,9	219,7
Ausrüstungen	235,3	239,5	245,5	255,3	115,7	123,8	115,7	129,8	120,5	134,8
Sonstige Anlageinvestitionen	128,1	133,7	141,3	148,6	63,3	70,3	67,0	74,2	70,6	78,1
Vorratsveränderung³	21,3	−15,0	−40,0	−42,1	7,6	−22,7	−15,1	−25,0	−15,8	−26,4
Inländische Verwendung	3 138,3	3 220,0	3 319,4	3 444,2	1 580,1	1 639,9	1 614,9	1 704,5	1 674,9	1 769,3
Außenbeitrag	206,1	204,7	209,2	193,8	106,7	98,0	114,2	95,0	107,9	86,0
Exporte	1 585,8	1 616,6	1 671,0	1 711,9	803,7	812,9	826,0	845,0	846,1	865,8
Importe	1 379,7	1 411,9	1 461,8	1 518,1	697,0	714,9	711,8	750,0	738,3	779,9
Bruttoinlandsprodukt	3 344,4	3 424,7	3 528,6	3 638,0	1 686,8	1 737,9	1 729,1	1 799,5	1 782,8	1 855,2
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	2,9	3,2	3,4	3,4	3,1	3,4	3,5	3,4	3,2	3,5
Private Haushalte²	2,8	2,9	3,1	3,1	2,6	3,1	3,1	3,0	2,9	3,3
Staat	3,3	4,2	4,4	4,0	4,1	4,3	4,6	4,3	4,0	3,9
Anlageinvestitionen	6,3	5,6	5,2	5,1	6,4	5,0	4,1	6,2	5,4	4,9
Bauten	7,3	8,7	6,7	5,8	9,3	8,2	6,2	7,2	6,2	5,4
Ausrüstungen	4,9	1,8	2,5	4,0	3,1	0,7	0,0	4,8	4,1	3,9
Sonstige Anlageinvestitionen	5,9	4,3	5,7	5,2	4,5	4,1	5,8	5,5	5,2	5,2
Inländische Verwendung	4,1	2,6	3,1	3,8	3,7	1,6	2,2	3,9	3,7	3,8
Exporte	3,1	1,9	3,4	2,5	1,4	2,5	2,8	3,9	2,4	2,5
Importe	5,5	2,3	3,5	3,9	4,0	0,7	2,1	4,9	3,7	4,0
Bruttoinlandsprodukt	3,1	2,4	3,0	3,1	2,4	2,4	2,5	3,5	3,1	3,1
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt										
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro										
Konsumausgaben	2 322,5	2 360,9	2 403,3	2 445,3	1 162,2	1 198,8	1 183,3	1 220,0	1 203,0	1 242,3
Private Haushalte²	1 681,7	1 707,0	1 735,3	1 764,1	838,4	868,6	852,1	883,2	865,1	899,0
Staat	640,8	653,9	667,9	681,1	323,7	330,2	331,2	336,8	337,8	343,3
Anlageinvestitionen	666,6	684,5	704,6	725,9	330,4	354,0	336,5	368,1	347,4	378,5
Bauten	312,2	324,7	335,5	344,2	157,4	167,3	161,7	173,8	166,4	177,7
Ausrüstungen	231,4	233,1	237,1	245,2	112,6	120,5	111,6	125,5	115,6	129,6
Sonstige Anlageinvestitionen	123,2	126,5	131,6	136,4	60,3	66,2	62,8	68,8	65,1	71,3
Inländische Verwendung	3 017,7	3 047,0	3 092,5	3 155,3	1 502,6	1 544,4	1 514,4	1 578,1	1 545,1	1 610,2
Exporte	1 557,2	1 577,1	1 624,7	1 656,6	785,3	791,8	804,7	820,1	820,5	836,1
Importe	1 353,6	1 387,8	1 441,9	1 490,3	683,1	704,7	703,5	738,3	726,6	763,7
Bruttoinlandsprodukt	3 222,5	3 237,7	3 277,3	3 324,6	1 605,4	1 632,3	1 616,1	1 661,2	1 639,9	1 684,8
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	1,3	1,7	1,8	1,7	1,4	1,9	1,8	1,8	1,7	1,8
Private Haushalte²	1,3	1,5	1,7	1,7	1,3	1,7	1,6	1,7	1,5	1,8
Staat	1,4	2,1	2,1	2,0	1,8	2,3	2,3	2,0	2,0	1,9
Anlageinvestitionen	3,5	2,7	2,9	3,0	3,2	2,2	1,8	4,0	3,2	2,8
Bauten	2,5	4,0	3,3	2,6	4,2	3,8	2,7	3,9	2,9	2,3
Ausrüstungen	4,4	0,7	1,7	3,4	2,0	−0,4	−0,9	4,2	3,5	3,2
Sonstige Anlageinvestitionen	4,3	2,7	4,1	3,6	2,9	2,5	4,2	3,9	3,7	3,6
Inländische Verwendung	2,1	1,0	1,5	2,0	1,7	0,3	0,8	2,2	2,0	2,0
Exporte	2,1	1,3	3,0	2,0	0,2	2,3	2,5	3,6	2,0	2,0
Importe	3,6	2,5	3,9	3,4	3,1	2,0	3,0	4,8	3,3	3,4
Bruttoinlandsprodukt	1,5	0,5	1,2	1,4	0,4	0,5	0,7	1,8	1,5	1,4

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2019 bis 2021

	2018	2019	2020	2021	2019		2020		2021	
					1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015 = 100)										
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Private Konsumausgaben ²	1,5	1,4	1,4	1,5	1,4	1,3	1,5	1,3	1,4	1,5
Konsumausgaben des Staates	1,9	2,1	2,2	1,9	2,3	1,9	2,2	2,3	2,0	1,9
Anlageinvestitionen	2,7	2,9	2,2	2,1	3,0	2,7	2,2	2,1	2,1	2,0
Bauten	4,7	4,5	3,3	3,1	4,9	4,2	3,3	3,2	3,2	3,1
Ausrüstungen	0,6	1,1	0,7	0,6	1,0	1,1	0,9	0,6	0,6	0,6
Exporte	0,9	0,7	0,3	0,5	1,1	0,2	0,3	0,4	0,5	0,5
Importe	1,8	-0,2	-0,4	0,5	0,9	-1,2	-0,9	0,1	0,4	0,5
Bruttoinlandsprodukt	1,5	1,9	1,8	1,6	2,0	1,8	1,8	1,7	1,6	1,7
5. Einkommensentstehung und -verteilung										
a) Milliarden Euro										
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 338,7	2 403,8	2 468,5	2 537,1	1 188,3	1 215,5	1 222,3	1 246,3	1 251,8	1 285,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	310,4	325,5	334,4	342,1	157,8	167,6	162,0	172,4	166,0	176,1
Bruttolöhne und –gehälter	1 460,9	1 522,1	1 571,9	1 625,5	726,4	795,7	753,0	819,0	777,7	847,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	567,4	556,2	562,2	569,5	304,0	252,2	307,3	254,9	308,1	261,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	490,5	483,4	502,9	523,2	220,2	263,2	218,1	284,8	231,7	291,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 829,2	2 887,1	2 971,4	3 060,3	1 408,5	1 478,7	1 440,4	1 531,0	1 483,5	1 576,8
Abschreibungen	608,7	636,7	659,6	683,1	315,9	320,8	327,3	332,3	339,0	344,2
Bruttonationaleinkommen	3 437,9	3 523,9	3 630,9	3 743,5	1 724,4	1 799,5	1 767,6	1 863,3	1 822,5	1 921,0
Nachrichtlich:										
Volkseinkommen	2 503,1	2 551,4	2 626,0	2 703,7	1 240,0	1 311,4	1 267,3	1 358,7	1 304,8	1 399,0
Unternehmens– und Vermögenseinkommen	731,8	703,8	719,6	736,1	355,8	348,1	352,3	367,4	361,1	375,1
Arbeitnehmerentgelt	1 771,3	1 847,5	1 906,3	1 967,6	884,2	963,3	915,0	991,3	943,7	1 023,9
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,9	2,8	2,7	2,8	2,8	2,8	2,9	2,5	2,4	3,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,2	4,9	2,7	2,3	5,3	4,5	2,6	2,8	2,5	2,2
Bruttolöhne und –gehälter	4,8	4,2	3,3	3,4	4,4	4,0	3,7	2,9	3,3	3,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,9	-2,0	1,1	1,3	-2,0	-2,0	1,1	1,1	0,3	2,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-1,2	-1,4	4,0	4,0	-1,0	-1,8	-1,0	8,2	6,2	2,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,0	2,0	2,9	3,0	2,2	1,9	2,3	3,5	3,0	3,0
Abschreibungen	4,9	4,6	3,6	3,6	4,4	4,8	3,6	3,6	3,6	3,6
Bruttonationaleinkommen	3,3	2,5	3,0	3,1	2,6	2,4	2,5	3,5	3,1	3,1
Nachrichtlich:										
Volkseinkommen	3,0	1,9	2,9	3,0	2,0	1,8	2,2	3,6	3,0	3,0
Unternehmens– und Vermögenseinkommen	-0,5	-3,8	2,2	2,3	-3,7	-3,9	-1,0	5,5	2,5	2,1
Arbeitnehmerentgelt	4,5	4,3	3,2	3,2	4,5	4,1	3,5	2,9	3,1	3,3
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte										
a) Milliarden Euro										
Masseneinkommen	1 427,3	1 491,7	1 548,3	1 610,9	716,1	775,7	745,4	802,9	777,6	833,3
Nettolöhne– und –gehälter	975,5	1 020,7	1 056,7	1 100,7	482,4	538,3	502,4	554,3	522,5	578,2
Monetäre Sozialleistungen	579,4	605,0	630,5	654,3	300,6	304,4	312,3	318,2	326,9	327,4
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	127,5	134,0	138,9	144,1	66,9	67,1	69,3	69,6	71,8	72,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	567,4	556,2	562,2	569,5	304,0	252,2	307,3	254,9	308,1	261,4
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-96,3	-96,3	-97,4	-99,7	-49,1	-47,2	-49,5	-47,9	-50,6	-49,1
Verfügbares Einkommen	1 898,5	1 951,7	2 013,1	2 080,7	971,0	980,6	1 003,2	1 009,9	1 035,1	1 045,7
Nachrichtlich:										
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	59,7	60,5	61,4	62,3	29,4	31,1	29,8	31,6	30,3	32,0
Konsumausgaben	1 743,7	1 793,7	1 848,7	1 906,6	876,3	917,3	903,7	945,0	930,2	976,4
Sparen	214,5	218,5	225,9	236,5	124,1	94,4	129,3	96,6	135,2	101,3
Sparquote in Prozent ⁷	11,0	10,9	10,9	11,0	12,4	9,3	12,5	9,3	12,7	9,4
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Masseneinkommen	3,9	4,5	3,8	4,0	4,5	4,5	4,1	3,5	4,3	3,8
Nettolöhne– und –gehälter	4,7	4,6	3,5	4,2	4,9	4,4	4,1	3,0	4,0	4,3
Monetäre Sozialleistungen	2,6	4,4	4,2	3,8	4,1	4,7	3,9	4,5	4,7	2,9
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	3,5	5,1	3,7	3,7	5,8	4,4	3,6	3,7	3,7	3,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,9	-2,0	1,1	1,3	-2,0	-2,0	1,1	1,1	0,3	2,6
Verfügbares Einkommen	3,5	2,8	3,1	3,4	2,7	2,9	3,3	3,0	3,2	3,5
Konsumausgaben	2,8	2,9	3,1	3,1	2,6	3,1	3,1	3,0	2,9	3,3
Sparen	8,6	1,9	3,4	4,7	2,6	1,0	4,2	2,3	4,5	4,9

VGR-TABELLEN

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2019 bis 2021

	2018	2019	2020	2021	2019		2020		2021	
					1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁸										
a) Milliarden Euro										
Einnahmen										
Steuern	800,9	822,8	843,0	863,9	415,6	407,2	424,8	418,2	435,0	429,0
direkte Steuern	445,2	456,0	465,5	474,2	232,8	223,2	236,9	228,6	241,0	233,2
indirekte Steuern	355,7	366,8	377,5	389,7	182,7	184,0	187,9	189,6	194,0	195,7
Nettosozialbeiträge	572,5	596,3	617,4	637,2	289,7	306,6	300,5	316,9	310,1	327,1
Vermögenseinkommen	21,3	21,0	20,7	20,5	13,2	7,8	13,0	7,6	13,0	7,6
Laufende Übertragungen	24,8	24,1	23,7	24,2	11,3	12,8	11,5	12,2	11,7	12,5
Vermögenstransfers	13,1	12,0	12,2	12,5	5,3	6,6	5,5	6,8	5,6	6,9
Verkäufe	120,2	126,2	129,2	132,8	59,3	66,9	60,7	68,5	62,3	70,5
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1552,9	1602,6	1646,3	1691,4	794,5	808,1	816,0	830,3	837,7	853,7
Ausgaben										
Vorleistungen	169,4	178,2	186,6	194,4	81,7	96,5	85,8	100,8	89,5	104,9
Arbeitnehmerentgelte	259,3	269,3	279,3	288,7	129,3	140,0	134,2	145,1	138,8	149,9
Soziale Sachleistungen	285,9	297,7	309,4	321,4	148,0	149,7	153,9	155,5	159,9	161,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	31,7	29,0	27,5	26,2	14,8	14,2	14,0	13,5	13,4	12,9
Subventionen	29,6	31,0	32,1	33,1	14,2	16,8	14,8	17,3	15,3	17,9
Monetäre Sozialleistungen	520,2	545,0	569,5	592,3	270,8	274,2	282,0	287,5	296,1	296,2
Sonstige laufende Transfers	74,9	78,3	87,0	91,9	39,0	39,3	43,9	43,0	46,4	45,5
Bruttoinvestitionen	78,4	85,5	91,4	96,8	37,8	47,8	40,4	51,0	42,7	54,1
Vermögenstransfers	42,2	37,9	40,1	41,2	13,3	24,6	14,2	25,9	14,7	26,5
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	-1,3	-1,3	-1,3	-1,3	-0,5	-0,8	-0,5	-0,8	-0,5	-0,8
Sonstige Produktionsabgaben	0,3	0,3	0,3	0,3	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1490,5	1550,9	1621,7	1685,0	748,4	802,5	782,8	838,9	816,3	868,7
Finanzierungssaldo	62,4	51,7	24,6	6,3	46,1	5,6	33,2	-8,6	21,4	-15,1
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Einnahmen										
Steuern	4,5	2,7	2,5	2,5	2,8	2,7	2,2	2,7	2,4	2,6
direkte Steuern	5,6	2,4	2,1	1,9	2,5	2,4	1,7	2,4	1,7	2,0
indirekte Steuern	3,1	3,1	2,9	3,2	3,2	3,0	2,8	3,0	3,2	3,2
Nettosozialbeiträge	4,2	4,2	3,5	3,2	4,6	3,8	3,7	3,4	3,2	3,2
Vermögenseinkommen	13,1	-1,2	-1,7	-0,7	1,5	-5,4	-1,3	-2,3	-0,5	-1,0
LaufendeÜbertragungen	13,2	-2,8	-1,5	2,1	-2,4	-3,1	2,1	-4,6	2,2	2,1
Vermögenstransfers	26,5	-8,5	2,2	2,2	-4,3	-11,7	2,3	2,1	2,4	2,1
Verkäufe	5,0	5,1	2,3	2,8	6,8	3,5	2,3	2,3	2,6	3,0
Sonstige Subventionen	-10,1	-9,5	0,0	0,0	-24,4	3,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	4,8	3,2	2,7	2,7	3,6	2,8	2,7	2,8	2,7	2,8
Ausgaben										
Vorleistungen	4,0	5,2	4,7	4,2	5,6	4,8	5,0	4,4	4,3	4,1
Arbeitnehmerentgelte	3,7	3,9	3,7	3,4	4,0	3,7	3,8	3,6	3,4	3,4
Soziale Sachleistungen	2,7	4,1	3,9	3,8	4,2	4,1	4,0	3,9	3,9	3,8
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-7,4	-8,5	-5,3	-4,4	-8,7	-8,3	-5,5	-5,2	-4,5	-4,3
Subventionen	6,0	4,8	3,5	3,3	2,4	7,0	3,7	3,2	3,2	3,3
Monetäre Sozialleistungen	2,7	4,8	4,5	4,0	4,4	5,1	4,1	4,8	5,0	3,0
Sonstige laufende Transfers ⁹	7,9	3,4	8,7	4,9	2,4	1,0	5,0	3,7	2,5	2,5
Bruttoinvestitionen	9,0	9,2	6,8	5,9	13,4	6,0	7,0	6,7	5,6	6,1
Vermögenstransfers ⁹	-1,7	-4,4	2,2	1,1	2,6	-16,1	6,7	5,3	3,8	2,3
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen ⁹	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Produktionsabgaben ⁹	0,0	0,0	0,0	0,0	16,8	3,8	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	3,4	4,1	4,6	3,9	4,6	3,5	4,6	4,5	4,3	3,6

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Milliarden Euro.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); DIW Wintergrundlinien 2019.

INTERVIEW



„Zeitpunkt für mehr Investitionen ist günstig“

Dr. Claus Michelsen, Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

1. Herr Michelsen, in den vergangenen Monaten wurde viel über eine drohende Rezession in Deutschland diskutiert. Müssen wir uns diesbezüglich Sorgen machen?

Wir erwarten nicht, dass Deutschland in eine tiefe Rezession abgleitet. Im Sommer wurde darüber gesprochen, ob man zwei Quartale in Folge negative Wachstumsraten beobachten würde, was man als eine technische Rezession bezeichnet. Das ist jedoch eine sehr enge Abgrenzung des Rezessionsbegriffs. Wir beobachten eine Schwäche im verarbeitenden Gewerbe. Dort gab es über eineinhalb Jahre hinweg rückläufige Produktionsleistungen, auch zuletzt gab es nochmal ein deutliches Minus. Wir gehen aber davon aus, dass wir diese Schwächephase in den kommenden Monaten überwinden werden. Vorlaufende Indikatoren zeigen uns, dass sich die Stimmung verbessert hat. Die Aktienmärkte sind wieder aufwärts gerichtet und auch die Auftragslage im verarbeitenden Gewerbe hat sich stabilisiert.

2. Was sind die wesentlichen Stützen der deutschen Konjunktur? Im Augenblick läuft der Konsum besonders gut. Die Haushalte wurden deutlich entlastet und es gab höhere Sozialtransfers. Das führt zu höheren Konsumausgaben, weil die Einkommen, die den Haushalten zur Verfügung stehen, kräftig gestiegen sind. Die Bauwirtschaft erlebt nach wie vor eine Sonderkonjunktur, die dadurch bedingt ist, dass die Zinsen sehr günstig sind und die Nachfrage nach Wohnraum weiterhin hoch ist.

3. Die internationalen Handelskonflikte bestehen nach wie vor und über den Brexit herrscht noch immer keine Klarheit. Ist diese wirtschaftliche Unruhe bereits eingepreist? Ja, viele dieser wirtschaftlichen Unsicherheitsfaktoren wurden bereits eingepreist. Die Unternehmen disponieren insgesamt zurückhaltender, was die Anschaffung von neuen Anlagen betrifft. Das heißt, wir erleben momentan ein deutlich schwächeres durchschnittliches Investitionsniveau und das macht sich hierzulande bemerkbar. Aktuell sehen wir aber nicht, dass sich die Unsicherheit nochmals deutlich erhöht. Gerade beim Brexit liegen die Optionen

relativ klar auf dem Tisch – da kann man erwarten, dass in den kommenden Monaten Lösungen gefunden werden. Auch die Konflikte zwischen China und den USA haben sich in den letzten Monaten eher entspannt. Jetzt kam jedoch ein neues Feld hinzu: Plötzlich wurde die Europäische Union ins Fadenkreuz der US-Handelspolitik genommen und das lässt sich schwerer abschätzen. Gleichwohl, auch hier besteht die Hoffnung, dass man diesen Konflikt nicht eskalieren lässt.

4. Wie ist es um die Investitionen in Deutschland bestellt, auch vor dem Hintergrund, dass jetzt wieder über die sogenannte schwarze Null diskutiert wird? Hier reden wir vor allen Dingen über die öffentlichen Investitionen, die in den vergangenen Jahren deutlich gelitten haben. Gerade im Bereich der Kommunen wurde viel zu wenig Geld in die Hand genommen, um die Infrastruktur instand zu halten. Jetzt gab es einen Kurswechsel. Der Bundeshaushalt sieht einen kräftigen Aufwuchs auch bei den investiven Mitteln vor. Dieser endet aber im Jahr 2021, und ab da werden die Mittel sozusagen konstant gehalten. Das hat damit zu tun, dass man einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen und diese schwarze Null am Ende auch im Haushalt abgebildet sehen möchte. Das ist in dieser Situation keine kluge Wirtschaftspolitik, denn wir erleben momentan ein äußerst günstiges Zinsumfeld, in dem sich der Staat sehr gut finanzieren kann. Gleichzeitig haben wir einen sehr hohen Modernisierungsbedarf in der Volkswirtschaft. In dieser Situation wäre es haushaltspolitisch und betriebswirtschaftlich günstig, wenn man sich verschulden würde, um in die Infrastruktur des Landes zu investieren.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

Öffentliche Finanzen: Haushaltsspielräume verflüchtigen sich nach und nach – Investitionsprogramm wäre sinnvoll

Von Marius Clemens

ABSTRACT

Die derzeit hohen Überschüsse in den öffentlichen Haushalten werden bis 2021 nahezu aufgebraucht sein. Dies liegt nicht nur an der schwächeren konjunkturellen Entwicklung – auch eine expansive Finanzpolitik trägt dazu bei: Im Jahr 2020 fallen vor allem die steuerlichen Entlastungen und nochmaligen Kindergelderhöhungen ins Gewicht, ein Jahr darauf dann insbesondere die weitgehende Abschaffung des Solidaritätszuschlags sowie die geplante Einführung der Grundrente. Auch die Ausgaben steigen überdurchschnittlich, unter anderem im Rahmen des Klimaschutzgesetzes. Wenn defizitäre Entwicklungen im Bundeshaushalt und den Sozialkassen in der mittleren Frist bis 2024 vermieden werden sollen, dürften angesichts des bis dahin mehr und mehr zu Buche schlagenden demografischen Wandels nicht nur Beitragssatzerhöhungen bei den Sozialversicherungen erforderlich sein. Zu befürchten ist, dass staatliche Investitionen in Sach- und Humankapital deutlich reduziert werden. Dabei wäre ein Investitionsprogramm gleich doppelt lohnend: Würde der Staat in den nächsten sechs Jahren fünf Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich in verschiedene Bedarfe investieren und anschließend verstetigen, stiege das Potentialwachstum bereits in der mittleren Frist um 0,3 Prozentpunkte. Zudem würden bereits bis 2024 über höhere Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen knapp 20 Milliarden Euro in die Staatskasse zurückfließen.

Dieser Bericht stellt die Entwicklungen der öffentlichen Haushalte in Deutschland im Detail dar. Er ist zweigeteilt: Im ersten Teil wird aufbauend auf der aktuellen Konjunkturprognose des DIW Berlin (Wintergrundlinien 2019)¹ für Deutschland der aktuelle Status quo sowie die kurz- und mittelfristige Entwicklung der öffentlichen Finanzen analysiert (Kasten). Im zweiten Teil wird auf Grundlage der aktuellen Potentialschätzung eine Szenarioanalyse durchgeführt. Es wird angenommen, dass ein Investitionspaket, das in den nächsten sechs Jahren jeweils fünf Milliarden Euro in bestehende Bedarfe investiert und anschließend bei dann zusätzlich 30 Milliarden Euro pro Jahr verstetigt wird. Die daraus resultierenden mittelfristigen Effekte auf das Potentialwachstum der deutschen Wirtschaft und den staatlichen Finanzierungssaldo werden denen des Status quo gegenübergestellt. Die kurz- und mittelfristige wirtschaftliche Dynamik des Status quo basiert auf den Ergebnissen der DIW Wintergrundlinien 2019.

Expansiver Kurs wird in nächsten Jahren auch über Rücklagen finanziert

Der Staat erwirtschaftete bis zum dritten Quartal des Jahres 2019 einen deutlichen Finanzüberschuss in Höhe von rund 53 Milliarden Euro. Das sind dennoch zehn Milliarden Euro weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Rund 35 Prozent oder 19 Milliarden Euro davon gehen auf Überschüsse im Bundeshaushalt zurück.

Bis zum Ende des aktuellen Prognosezeitraums im Jahr 2021 wird der Finanzierungssaldo des Staates kontinuierlich abnehmen. Die im Vergleich zum Jahr 2018 schwächere wirtschaftliche Grunddynamik dürfte sich nach und nach in weniger stark steigenden Steuereinnahmen widerspiegeln. Darüber hinaus hat die Große Koalition eine Vielzahl expansiv wirkender Maßnahmen auf den Weg gebracht, die insbesondere den Haushalt des Bundes belasten werden. Dieser hat allerdings zusätzliche Vorsorge getroffen, um die strenge Regelung der schwarzen Null nicht zu verletzen.

¹ Vgl. dazu in dieser Ausgabe des DIW Wochenberichts Claus Michelsen et al. (2019): Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Winter 2019. DIW Wochenbericht Nr. 50, 926–950.

Kasten

Mittelfristprojektion

Die Eckwerte der Mittelfristprojektion basieren auf der Potential-schätzung, die sich grundsätzlich an dem von der Europäischen Kommission vorgeschriebenen Verfahren orientiert.¹ Dieses basiert auf einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit den Einsatzfaktoren Arbeitsvolumen, Kapitalstock und der totalen Faktorproduktivität (TFP). Absehbare demografische Effekte werden darüber hinaus berücksichtigt, indem die Entwicklung der Erwerbspersonen für unterschiedliche Kohorten getrennt nach Alter, Geschlecht und Herkunftsgruppen (Deutsche, EU, Nicht-EU) fortgeschrieben, geglättet und anschließend mit den Altersanteilen zu einer gesamtwirtschaftlichen Komponente aggregiert werden.²

In der Basisprojektion (ohne Investitionsprogramm) sinkt das Potentialwachstum von aktuell eineinhalb Prozent infolge der demografischen Entwicklung auf 0,8 Prozentpunkte zum Ende der Mittelfrist im Jahr 2024. Die derzeit positiven Produktions- und weitere Lücken (etwa bei der Beschäftigung) bauen sich bis 2024 ab. Die Beschäftigung stagniert dabei demografisch bedingt und geht zum Ende der Mittelfrist sogar leicht zurück. Da keine spürbaren Knappheiten bestehen, werden die Produzenten- und Konsumentenpreise mittelfristig in etwa mit ihrer langfristigen Trendrate von nahe 1,7 Prozent steigen und die Reallöhne dem Produktivitätszuwachs entsprechen – nominal ergeben sich Lohnsteigerungen von jahresdurchschnittlich knapp drei Prozent.

Der private Verbrauch wird trotz der kräftigen Lohndynamik mit deutlich geringeren Raten als zuletzt steigen, pro Kopf etwa mit einem Prozent. Die kräftigen Raten aus den Jahren 2019 bis 2021 sind allerdings auch durch die Vielzahl staatlicher Entlastungsmaßnahmen überzeichnet. Auch die mittelfristig geringeren Raten können jedoch nur erreicht werden, indem die privaten Haushalte teilweise auf ihre Ersparnisse zurückgreifen – die Sparquote sinkt deswegen deutlich. Die Investitionen entwickeln sich in der mittleren Frist verhaltener. Zum einen dürften öffentliche Investitionen

infolge der sich abzeichnenden Haushaltsengpässe in Verbindung mit der strikten Neuverschuldungsrestriktion deutlich reduziert werden.³ Zum anderen besteht für Firmen eine hohe Unsicherheit bezüglich der Auswirkungen des Fachkräftemangels und der Rentabilität potentieller Schlüsseltechnologien, sodass diese weniger in den langfristigen Kapazitätsaufbau investieren. Die Importe werden hingegen deutlich stärker steigen als in der kurzen Frist, denn die nachgefragten Güter können bei stagnierendem Erwerbspersonenpotential und relativ niedrigen Kapitalwachstumsraten in immer geringerem Maße mit inländischen Produktionsfaktoren produziert werden. Da sich annahmegemäß die derzeitige Unsicherheit im Welthandel in der mittleren Frist abgebaut hat, dürften die Exporte zwar mit deutlich höheren Raten wachsen als zuletzt. Dennoch werden die Importzuwächse wohl die Exportzuwächse übersteigen, so dass der Leistungsbilanzüberschuss mittelfristig deutlich sinken wird.

Im Szenario „Investitionsprogramm“ ist die Wachstumsrate zwischen 2021 und 2024 im Jahresdurchschnitt je knapp 0,3 Prozentpunkte höher. Dies liegt teils an einer gestiegenen Arbeitszeit⁴, insbesondere aber an Produktivitätsgewinnen. Diese ergeben sich für den Faktor Arbeit bereits ohne die (wahrscheinlich positiven) Effekte auf die TFP aufgrund eines moderneren Kapitalstocks – dieser Wirkungskanal wurde nämlich annahmegemäß ausgeblendet – allein schon durch den höheren Kapitaleinsatz. Dies mündet in höheren Lohnzuwächsen; der Zuwachs beim Pro-Kopf-Konsum in Höhe von einem Prozent ist – bei konstanter Sparneigung – aus dem höheren Einkommen finanzierbar. Auch die Gewinne steigen angesichts einer dynamischeren Wirtschaftsentwicklung stärker als im Basisszenario. Die Investitionen legen schon aufgrund der zusätzlichen öffentlichen Ausgaben stärker zu, vor allem aber schlagen die stimulierten privaten Investitionen zu Buche.⁵ Dies führt auch zu noch höheren Importen – der Leistungsbilanzüberschuss bildet sich noch deutlicher zurück als im Basisszenario.

¹ Für eine ausführliche Beschreibung dieser Methode siehe Karel Havik et al. (2010): The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates and Output Gaps. EU Commission, European Economy – Economic Papers 420.

² Siehe Ferdinand Fichtner et al. (2017): Deutsche Wirtschaft bleibt gut ausgelastet: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Herbst 2017. DIW Wochenbericht Nr. 36 (online verfügbar).

³ Dennoch werden wohl rund 1,5 Milliarden Euro in den Jahren 2022 und 2023 zusätzlich im Rahmen des Klimaschutzgesetzes ausgegeben.

⁴ Siehe Krebs und Scheffel (2017), a. a. O.

⁵ Siehe Clemens, Goerge und Michelsen (2019), a. a. O.

So dürften rund 40 Milliarden Euro an Rücklagen² gebildet worden sein, die Extrahaushalte zur „Digitalen Infrastruktur“ und der Energie- und Klimafonds (EKF) haben einen Überschuss erwirtschaftet und auch das Kontrollkonto zur Schuldenbremse dürfte derzeit rund 37 Milliarden Euro im Plus sein.³ Defizite, die der Bund in den nächsten Jah-

² Bereits in diesem Jahr sollten rund sechs Milliarden Euro aus der Flüchtlingsrücklage zur Finanzierung der expansiven Ausgabenpolitik verwendet werden. Allerdings haben sich die Staatseinnahmen besser entwickelt als noch zu Beginn des Jahres erwartet, sodass wohl weitere rund vier Milliarden Euro in den Sondertopf fließen könnten.

³ Auf das Kontrollkonto darf nicht direkt zugegriffen werden, allerdings verlängert ein Überschuss den Zeitraum, bis zu dem eine Schuldenabbaupflicht besteht. Siehe SVR Wirtschaft (2019): Jahresgutachten 2019/20, Kapitel 5: Die Schuldenbremse, nachhaltig stabilisierend, flexibel (online verfügbar).

ren angesichts der expansiven Ausrichtung machen wird, könnten dadurch wohl auch 2020 und 2021 allein durch Rücklagenabbau ohne zusätzliche Neuverschuldung finanziert werden.⁴ So wird mit einer Entnahme aus den Rücklagen in Höhe von gut elf Milliarden Euro im kommenden Jahr geplant; auch aus den Sondervermögen werden Mittel in Höhe von knapp fünf Milliarden Euro entnommen. Im Jahr 2021 werden die Rücklagen wohl vollständig aufgebraucht werden.

⁴ Siehe Jens Boysen-Hogrefe (2019): Ergebnisse der Steuerschätzungen und „schwarze Null“ im Bund. Wirtschaftsdienst, 99. Jahrgang, Heft 11, 808–810.

Tabelle 1

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Belastungen und Entlastungen des gesamtstaatlichen Haushalts in Milliarden Euro im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr

	2019	2020	2021
Einnahmen der Gebietskörperschaften²			
Teilschaffung Soli			-9,8
Alterseinkünftegesetz	-1,4	-1,4	-1,5
Mehreinnahmen durch steigende Rentenbesteuerung	0,4	0,4	0,4
Familientlastungsgesetz (ohne Kindergeld)	-3	-4,5	-1
Jahressteuergesetz 2019		-0,3	-0,2
Turnusmäßige Anhebung der Freibeträge in der Einkommensteuer/Abbau kalte Progression 2021			-3,1
Sonstige steuerliche Maßnahmen ³	-2,0	-0,3	0,8
Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet	-0,6	-0,2	0
Steuerliche Absetzbarkeit Erhöhung des PV-Beitrags	-1	-0,3	-0,2
Steuerliche Förderung von F&E-Ausgaben		0	-1,1
Steuerliche Förderung Mietwohnungsneubau			-0,1
LKW-Maut (Ausweitung auf alle Bundesstraßen und Anhebung der Mauttarife zum 1. Januar 2019)	1,7	0	0
Parität inkl steuerliche Absetzbarkeit	1,1	-0,1	-0,4
Klimaschutzgesetz: CO ₂ -Bepreisung in Verkehr und Wärme			3,6
Klimaschutzgesetz: steuerliche Förderung (Gebäudesanierung, E-Mobilität, E-Dienstwagen, Zugfahrten)		-0,3	-0,5
Klimaschutzgesetz: Entlastungsmaßnahmen (EEG-Umlage, Pendlerpauschale, Wohngeld)		0	-1,2
Klimaschutzgesetz: Erhöhung Luftverkehrsabgabe		0,5	0,3
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Erhöhung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung um 0,5 Prozentpunkte zum 1. Januar 2019	7,2	0,2	0
Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte zum 1. Januar 2019	-5,7	0	0
Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,1 Prozentpunkt zum 1. Januar 2020		-1,1	0
Ausweitung der Gleitzone (Midijobs) zum 1. Juli 2019	-0,2	-0,2	0
Änderung der Bemessungsgrundlage von Selbstständigen in der gesetzlichen Krankenversicherung	-0,8	0	0
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Kindergelderhöhung um 10 bzw. 15 Euro zum 1. Juli 2019 und 1. Januar 2021	-1	-1	-2,6
Einsparungen bei ALG II durch das Familienlastungsgesetz bzw. Kindergeldanhebung	0,1	0,1	0,2
Parität beim Zusatzbeitrag zur GKV: Beschäftigte im Öffentlichen Dienst	-0,9	0	0
Gute KiTa-Gesetz	-0,5	-0,5	-1
Beihilfen aufgrund von Ernteausfällen von Bund und Ländern, Fluthilfemaßnahmen (Elbe, Saale 2017)	0,2	0,3	0
Baukindergeld (inkl. Bayerische Eigenheimzulage und Baukindergeld Plus)	-0,5	-0,5	-0,1
Erhöhung des Wohngelds		-0,2	-0,1
Starke-Familien-Gesetz/ Kinderzuschlag	-0,2	-0,6	0
Aufstockung des BAFöG, Aufstiegsfortbildung in der beruflichen Bildung	-0,1	-0,5	-0,2
Teilhabechancengesetz, Qualifizierungschancengesetz, Bundesteilhabegesetz	-0,7	-0,5	0
Angehörigentlastungsgesetz		-0,3	0
Familiengeld (und Kindergartenzuschuss) in Bayern	-0,4	-0,1	0
Verteidigung und Mehrpersonal innere Sicherheit	-3,3	-1,3	0,2
Mehrausgaben für Entwicklungshilfe	-0,9	-0,2	0,8
Kaufbonus E-Mobilität	-0,2	0	0,1
Zusätzliche investive Ausgaben ⁴	-2,1	-2,1	-1,9
Klimaschutzgesetz: Zusätzliche EKF-Ausgaben		-1,8	-2,9
Ausgaben der Sozialversicherungen			
Maßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung ⁵	-0,7	-0,2	-0,6
Qualifizierungschancengesetz (Arbeitslosenversicherung)	-0,7	-0,3	0
Anpassung der Renten Ost	-0,2	-0,5	-0,4
Erhöhung der Zurechnungszeit der Erwerbsminderungsrente	-0,1	-0,1	-0,1
Parität beim Zusatzbeitrag zur GKV: Beiträge der Rentenversicherung zur Krankenversicherung der Rentner	-1,4	0	0
Grundrente			-1,5
Mütterrente II	-3,8	0	0
Pflegepersonalstärkungsgesetz und Konzentrierte Aktion Pflege	-0,3	-0,8	-0,7
Insgesamt	-22,0	-18,7	-24,8
darunter u.a.			
Investive Ausgaben ⁶	-3,6	-3,5	-3,1
Konsumtive Ausgaben (Investitionen in Humankapital) ⁷	-1,1	-2,5	-3,5
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent	-0,6	-0,5	-0,7

1 Ohne makroökonomische Rückwirkungen.

2 Die Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr.

3 Steuerrechtsänderungen: unter anderem Reform der Investmentbesteuerung, Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen, Betriebsrentenstärkungsgesetz, Neuregelung der Erbschaft- und Schenkungsteuer.

4 Fonds für Breitbandausbau, Digitalpakt, Kaufbonus E-Mobilität, Gemeindeverkehrsfinanzierung, Strukturstärkungsgesetz Kohlereichen.

5 Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung, Gesetz zur Stärkung der Arzneimittelversorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung, Gesetz zur Stärkung der Hilfs- und Heilmittelversorgung, Terminservice- und Versorgungsgesetz.

6 Zusätzliche investive Ausgaben, 50 Prozent EKF-Ausgaben, 66 Prozent Verteidigungsausgaben.

7 Gute-Kita-Gesetz, Pflegepersonalstärkungsgesetz, Konzentrierte Aktion Pflege, Personal innere Sicherheit, 50 Prozent EKF-Ausgaben.

Quellen: Bundesregierung, Bundesministerium der Finanzen, DIW Wintergrundlinien 2019.

Tabelle 2

Ausgewählte finanzpolitische Indikatoren¹

In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs- saldo	Nachrichtlich: Zinssteuer- quote²	Staatsschulden- quote nach Maastricht
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozialbeiträge			Zinsausgaben			
2011	44,4	22,3	16,4	45,2	2,5	2,3	−0,9	11,2	
2012	44,9	22,9	16,6	44,9	2,3	2,2	0,0	10,1	
2013	45,0	23,0	16,6	44,9	1,8	2,2	0,0	8,0	
2014	44,9	22,8	16,5	44,3	1,6	2,1	0,6	7,1	
2015	45,0	23,0	16,5	44,0	1,4	2,1	0,9	6,1	
2016	45,5	23,3	16,7	44,3	1,2	2,2	1,2	5,2	
2017	45,7	23,6	16,9	44,4	1,1	2,2	1,2	4,5	
2018	46,4	23,9	17,1	44,6	0,9	2,3	1,9	4,0	62
2019	46,8	24,0	17,4	45,3	0,8	2,5	1,5	3,5	59
2020	46,7	23,9	17,5	46,0	0,8	2,6	0,7	3,3	56
2021	46,5	23,8	17,5	46,3	0,7	2,7	0,2	3,0	54
2021/2019	46,7	23,9	17,5	45,9	0,8	2,6	0,8	3,3	56
2024/2022	46,7	23,7	17,8	46,7	0,8	2,4	0	2,7	50

1 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

2 Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, DIW Wintergrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Einnahmen des Staates entwickeln sich weniger dynamisch

Wesentliche Ursache für die besser als erwartete Einnahmenentwicklung im Jahr 2019 ist der weiterhin robuste Arbeitsmarkt, der trotz des Einbruchs im Industriesektor überdurchschnittlich hohe Lohnsteuereinnahmen und Sozialbeiträge in die Staatskasse gespült hat. Nach Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) dürfte der Zuwachs bei den Lohnsteuereinnahmen im Jahr 2019 bei fast fünf Prozent liegen. Im Vergleich zum Vorjahr haben neben der konjunkturell bedingt etwas schwächeren Beschäftigungsdynamik vor allem die Maßnahmen des Familienentlastungsgesetzes, beispielsweise die Anpassung des Freibetrags und Anpassungen der Eckwerte des Einkommensteuertarifs, die Lohnsteuerdynamik etwas gedämpft (Tabelle 1).

Im nächsten Jahr werden die Lohnsteuereinnahmen im Rahmen dieses Gesetzes durch eine nochmalige Anhebung der Grund- und Kinderfreibeträge sowie eine weitere Verschiebung der Tarifeckwerte im Jahr 2020 weiter abgeschwächt. Aber auch die insgesamt schwache wirtschaftliche Dynamik trägt ihre Rechnung ins Jahr 2020 hinein, sodass die Lohnsteuereinnahmen insgesamt deutlich weniger stark steigen. Im Jahr 2021 dürften die Lohnsteuereinnahmen dann nochmals deutlich an Schwung verlieren. Dies liegt dann aber nicht an der konjunkturellen Entwicklung – stattdessen reduziert die teilweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags die Steuerkasse um knapp zehn Milliarden Euro. Nichtsdestotrotz dürften die Lohnsteuereinnahmen über den gesamten Prognosezeitraum bis 2021 zunehmen.

Anders verhält es sich bei den Gewinnsteuern, insbesondere der Körperschaft- und der Gewerbesteuern, die in diesem Jahr wohl deutlich sinken dürften. Im nächsten Jahr werden wohl wieder geringfügig zu den Einnahmen beitragen, allerdings schlagen Steuerrechtsänderungen bei der nicht veranlagten Steuer vom Ertrag im Rahmen des Investmentsteuergesetzes deutlich negativ zu Buche. Insgesamt werden die Gewinnsteuereinnahmen im nächsten und übernächsten Jahr leicht ansteigen.

Die Umsatzsteuer dürfte auch wegen des robusten Konsums weiterhin mit kräftigen Raten von mehr als drei Prozent wachsen. Das Umfeld niedriger Zinsen ist eine Ursache für das erneut stark gesunkene Aufkommen aus der Abgeltungssteuer. In den nächsten Jahren kann hier wieder mit leichten Steigerungsraten gerechnet werden, denn das Zinsniveau wird wohl zumindest nicht weiter sinken. Das im November 2019 beschlossene Klimaschutzgesetz beeinflusst die Einnahmen des Staates ebenfalls. Bei den Bundes- und Ländersteuern wird das Aufkommen aus der Luftverkehrssteuer im Zuge der im Klimaschutzgesetz beschlossenen Erhöhungen der Eckwerte im nächsten und übernächsten Jahr wohl um knapp 500 beziehungsweise 800 Millionen Euro steigen. Diese Mehreinnahmen werden aber mit der Mehrwertsteuerentlastung bei Bahnfahrten verrechnet, sodass beides in Summe bis zum Jahr 2023 aufkommensneutral ist. Allerdings wird die Einführung einer CO₂-Bepreisung wohl zu Mehreinnahmen in Höhe von 3,6 Milliarden Euro im Jahr 2021 führen.

Unter dem Strich werden die Steuereinnahmen im laufenden Jahr um 2,7 Prozent zunehmen. Damit liegt die

Tabelle 3

Mittelfristige Entwicklung der Einnahmen- und Ausgabenstruktur des Staates¹

In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent

		2019	2020	2021	2022	2023	2024
Einnahmen	Steuern	24,0	23,9	23,8	23,8	23,7	23,7
	Sozialbeiträge	17,4	17,5	17,5	17,6	17,9	17,9
	Verkäufe	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7
	Sonstige Einnahmen	4,7	4,7	4,7	4,7	4,7	4,7
Insgesamt		46,8	46,6	46,5	46,5	46,8	46,8
Ausgaben	Vorleistungen	5,2	5,3	5,3	5,4	5,4	5,4
	Soziale Sachleistungen	8,7	8,8	8,8	8,9	9,0	9,2
	Arbeitnehmerentgelte	7,9	7,9	7,9	7,9	7,9	7,9
	Monetäre Sozialleistungen	15,9	16,1	16,3	16,4	16,6	16,8
	Bruttoinvestitionen	2,5	2,6	2,7	2,6	2,4	2,3
	Sonstige Ausgaben	5,1	5,3	5,3	5,3	5,3	5,3
Insgesamt		45,3	46,0	46,3	46,6	46,8	46,8
Finanzierungssaldo		51,7	24,6	6,3	0,9	1,7	-3,5

1 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, DIW Wintergrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Steigerungsrates um voraussichtlich rund 1,8 Prozentpunkte niedriger als im vergangenen Jahr. In den Jahren 2020 und 2021 werden die Steuereinnahmen wohl um jeweils 2,6 Prozent steigen. Ihr Anteil am nominalen Bruttoinlandsprodukt wird damit bis 2021 um 0,2 Prozentpunkte sinken (Tabelle 2).

Die abgeschwächte Dynamik dürfte sich auch in der mittleren Frist in den Jahren 2022 bis 2024 fortsetzen. Die Hauptursache dafür sind demografische Effekte. Bei den Lohnsteuereinnahmen dürfte die aufgrund des Arbeitskräfteengpasses etwas stärkere Lohndynamik nicht die deutlicher zurückgehende Beschäftigungsdynamik kompensieren können. Auch die Gewinnsteuern entwickeln sich schwächer, denn zu den höheren Kosten von Arbeit und Kapital gesellt sich eine niedrigere Produktivität, die auch das Resultat des geringen Potentialwachstums ist. Beides wird sich letzten Endes wohl in den Gewinnen der Unternehmen bemerkbar machen. Hinzu kommen weitere Mindereinnahmen, die im Zuge der teilweisen Abschaffung des Solis auch in den Jahren 2022 und 2023 anfallen werden. Dem entgegen stehen Mehreinnahmen durch die CO₂-Bepreisung, die in den Jahren 2022 und 2023 zusammen fast fünf Milliarden zusätzlich einspielen dürften. Im mittelfristigen Jahresdurchschnitt steigen die Steuereinnahmen damit um 2,5 Prozent (Tabelle 3).

Vorübergehend gedämpfter Anstieg der Sozialbeiträge

Auch bei den Sozialbeiträgen wirkt die dynamische Arbeitsmarktentwicklung der vergangenen Jahre bis ins Jahr 2019. Die Wachstumsrate bleibt im Vergleich zum Jahr 2018 wohl konstant bei 4,2 Prozent, allerdings wird die Dynamik von einer Vielzahl verschiedener, sich gegenseitig kompensierender Effekte geprägt. Im laufenden Jahr steht der

Beitragssatzsenkung in der Arbeitslosenversicherung ein entsprechender Anstieg in der Pflegeversicherung gegenüber. Da der Personenkreis der Pflegeversicherten höher ist, folgen daraus Mehreinnahmen, die allerdings durch die paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung ausgeglichen wird. Diese ist zwar für sich genommen aufkommensneutral, belastet aber die Rentenversicherung und den Staat als Arbeitgeber. In den folgenden Jahren werden die Sozialbeiträge mit 3,5 Prozent im Jahr 2020 und 3,2 Prozent im Jahr 2021 langsamer wachsen als zuletzt, da sich sowohl die Lohn- als auch die Beschäftigungsentwicklung abschwächen werden. Zwar wird der durchschnittliche Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung um 0,2 Prozentpunkte erhöht, jedoch bedeutet dies nicht, dass die Krankenkassen ihre Beiträge auch tatsächlich in dem Maße anpassen. Zudem werden die Beiträge der Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2020 erneut gesenkt, befristet bis zum Jahr 2022 um 0,1 Prozentpunkte.

Nicht zuletzt wegen der bereits beschlossenen Rücknahme der Beitragssenkung zur Arbeitslosenversicherung im Jahr 2022 steigen die Sozialbeiträge in der mittleren Frist dann stärker an. Dies liegt aber vor allem an den zu erwartenden Erhöhungen des Beitragssatzes zur Rentenversicherung, der bis 2025 auf 20 Prozent steigen soll.⁵ Auch bei der Pflegeversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung werden ab 2022 zunehmende Beiträge notwendig sein, um defizitäre Entwicklungen auszugleichen.

⁵ Siehe Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2019): Rentenversicherungsbericht 2019.

Die empfangenen Vermögenseinkommen haben etwas Dynamik verloren. Obwohl die Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank mit 2,4 Milliarden Euro gut 0,5 Milliarden Euro höher war als noch im Jahr 2018, sind die Zinseinnahmen des Staates, insbesondere die der Gemeinden, merklich zurückgegangen. Auch in den nächsten Jahren wird das Vermögenseinkommen des Staates weiterhin sinken. Denn mit überdurchschnittlichen Dividendenzahlungen der Deutschen Post oder der Deutschen Bahn ist nicht zu rechnen. Vielmehr dürften die Zinseinnahmen weiter sinken. Auch in der mittleren Frist sprechen derzeit wenige Entwicklungen für eine strukturelle Änderung des Zinsumfeldes, sodass sich der Trend auch in der mittleren Frist fortsetzt.

Die empfangenen sonstigen Transfers werden sich im Jahr 2019 deutlich unterdurchschnittlich entwickeln. Zwar haben Strafzahlungen der Daimler AG im Zuge einer Verletzung der Aufsichtspflicht bei der Fahrzeugzertifizierung („Diesel-Skandal“) an das Land Baden-Württemberg im dritten Quartal 890 Millionen Euro in die Kasse gespült, allerdings ist das deutlich weniger als die zwei Milliarden Euro, die Volkswagen und Audi im vergangenen Jahr als Strafzahlung berappen mussten. In den nächsten Jahren sind hingegen erstmal keine außergewöhnlichen Zahlungen zu erwarten, womit die empfangenen sonstigen Transfers sowohl zum Ende der kurzen als auch in der mittleren Frist in etwa mit der Trendrate von knapp zwei Prozent wachsen dürften.

Auch die diesjährige Entwicklung der empfangenen Vermögenstransfers wird durch Sondereffekte aus dem letzten Jahr geprägt. Im Jahr 2018 musste die Firma Toll Collect im Zuge der verspäteten Einführung des Lkw-Mautsystems mehr als eine Milliarde Euro an den Bund zahlen, die in diesem Jahr wegfallen. Im gesamten Projektionszeitraum bis 2024 entwickeln sich die Vermögenstransfers dann wieder leicht positiv – gemäß dem langfristigen Trend mit einer Steigerungsrate von gut zwei Prozent.

Alles in allem nehmen die gesamtstaatlichen Einnahmen in diesem Jahr um 3,2 Prozent zu. Der Anteil der Staatseinnahmen am nominalen Bruttoinlandsprodukt beträgt rund 46,8 Prozent. In den nächsten Jahren expandieren die Einnahmen dann mit jeweils 2,7 Prozent deutlich langsamer, sodass auch ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt leicht sinkt, auf dann 46,5 Prozent. In der mittleren Frist werden die Einnahmen voraussichtlich um jahresdurchschnittlich 2,8 Prozent steigen.

Ausgaben steigen deutlich – Basis für langfristiges Investitionsprogramm ist vorhanden

Die Ausgaben des Staates werden im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr deutlich steigen. Dies ist vor allem auf die expansiv ausgerichtete Finanzpolitik zurückzuführen.

Besonders dynamisch haben sich die Vorleistungskäufe entwickelt, die im Zuge zusätzlicher investiver Maßnahmen in diesem Jahr um rund 5,2 Prozent steigen dürften. In den Folgejahren wird sich die Dynamik mit 4,7 und 4,2 Prozent

etwas abschwächen, denn auch die investiven Ausgaben werden längst nicht mehr so deutlich steigen. In der mittleren Frist wird sich dieser Trend noch verstärken, denn die selbstauferlegte Finanzierungsrestriktion zwingt den Bund, die in den Jahren 2019 und 2020 angelegte Startrampe für ein großflächiges Investitionsprogramm zumindest teilweise wieder zurückzubauen.

Die sozialen Sachleistungen sind im Jahr 2019 um 4,1 Prozent und damit deutlich stärker gestiegen als noch im vergangenen Jahr (2,7 Prozent). In den nächsten Jahren wirken einige der bereits beschlossenen Maßnahmen nach beziehungsweise neue machen sich in der Staatskasse bemerkbar, beispielsweise das Terminservicegesetz und das Personalpflegestärkungsgesetz. Auch deshalb werden die sozialen Sachleistungen insgesamt um voraussichtlich 3,9 beziehungsweise 3,8 Prozent steigen. Aufgrund des medizinischen Fortschritts und der Alterung der Bevölkerung dürften sie auch mittelfristig mit ähnlich hohen Raten um die 3,5 Prozent wachsen.

Die Arbeitnehmerentgelte des Staates sind aufgrund von Tariflohnsteigerungen und des Beschäftigungsaufbaus im Jahr 2019 mit 3,9 Prozent nochmal etwas dynamischer expandiert als im Vorjahr. In den nächsten Jahren planen die Gebietskörperschaften weitere Neueinstellungen im Bereich der inneren Sicherheit, Kindergärten, Schulen und Universitäten. Darüber hinaus gehen auch im Staatsektor in den nächsten Jahren viele Beschäftigte in Rente, sodass Stellen wiederbesetzt werden müssen. Dies dürfte aufgrund zunehmender struktureller Arbeitsmarktengpässe in vielen Teilbereichen in den nächsten Jahren aber immer schwieriger werden. Die Beschäftigung im Staatsektor dürfte daher deutlich weniger stark steigen und zum Ende des Prognosezeitraums sogar leicht sinken. Zudem könnten die Lohn- und Tarifsteigerungen im Zuge der sich abschwächenden Konjunktur ebenfalls etwas geringer ausfallen als in diesem und im nächsten Jahr. Die Arbeitsentgelte dürften folglich um 3,7 und 3,4 Prozent in den Jahren 2020 und 2021 zunehmen. In der mittleren Frist wird die Arbeitsmarktdynamik allerdings nicht durch konjunkturelle Hochs und Tiefs beeinflusst. Die durchschnittliche Lohndynamik wird folglich durch die Preis- und Produktivitätsentwicklung bestimmt und beträgt jahresdurchschnittlich nur noch 2,6 Prozent.

Die monetären Sozialleistungen expandieren im Jahr 2019 mit 4,8 Prozent recht kräftig. Dies geht vor allem zurück auf finanzpolitische Maßnahmen wie die Erweiterung der Mütterrente, Erhöhungen des Kindergeldes, der BaföG-Leistungen und des Wohngeldes sowie die Leistungsausweitungen für Erwerbsgeminderte bei der Rentenversicherung. Im Zuge des leichten Anstiegs der Arbeitslosenquote haben auch die Zahlungen von Arbeitslosengeld leicht zugenommen. Zudem waren die Rentenanpassungen mit gut 3,3 Prozent recht hoch und für viele Rentnerinnen und Rentner aus Ostdeutschland wurde der Rentenwert weiter an den westdeutschen angepasst. Im nächsten Jahr steigen die monetären Sozialleistungen dann mit 4,5 Prozent etwas weniger stark. Die finanzpolitischen Maßnahmen und

Tabelle 4

Struktureller gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo In Relation zum Produktionspotential in Prozent

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Finanzierungssaldo	1,9	1,5	0,7	0,2	0,0	0,0	-0,1
Konjunkturkomponente ¹	0,6	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0
Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	1,3	1,4	0,7	0,1	0,0	0,0	-0,1
Einmaleffekte ²	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Struktureller Finanzierungssaldo	1,3	1,4	0,7	0,1	0,0	0,0	-0,1
Zinsausgaben	0,9	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7
Struktureller Primärsaldo	2,3	2,3	1,4	0,8	0,7	0,7	0,6

1 Berechnet mit einer Budgetelastizität von 0,504.

2 Übernahme von HSH Nordbank, Strafzahlungen von Automobilkonzernen, Zahlungen an Toll Collect, Gerichtsurteile.

Quellen: Statistisches Bundesamt, DIW Wintergrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Rentenanpassungen⁶ fallen etwas geringer aus, allerdings steigt die Zahl der Arbeitslosen leicht. Im Jahr 2021 werden die Transferleistungen abermals durch eine Kindergelderhöhung, diesmal um 15 Euro pro Monat und Kind, ansteigen. Die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung und das Arbeitslosengeld II dürften hingegen angesichts der wieder etwas verbesserten Arbeitsmarktlage leicht zurückgehen. Allerdings wird wohl zum 1. Januar 2021 die Grundrente mit einem Umfang von rund eineinhalb Milliarden Euro jährlich eingeführt, sodass die monetären Sozialleistungen im Jahr 2021 mit 4,0 Prozent weiterhin dynamisch zunehmen. In der mittleren Frist werden die monetären Sozialleistungen dann demografisch bedingt wohl stärker wachsen als die Bruttolöhne und Gehälter.

Die Zinsausgaben dürften angesichts der jüngst verkündeten Fortführung des geldpolitischen Niedrigzinskurses weiter sinken, denn die Refinanzierung der Staatsschulden erfolgt zu deutlich günstigeren Konditionen. Insbesondere der Bund profitiert davon – die Rendite von Staatsanleihen mit zehnjähriger Laufzeit ist sogar negativ, das heißt der Bund bekommt sogar Geld von den Anlegern, statt diesen Zinsen zahlen zu müssen. Dieser Effekt verliert in den Jahren bis 2024 allerdings mehr und mehr an Bedeutung, sodass sich der Rückgang der Zinsausgaben verlangsamt.

Der Anstieg der sonstigen laufenden Transfers um 4,5 Prozent ist insbesondere auf die Aufstockung der Entwicklungshilfe zurückzuführen. Im kommenden Jahr werden zudem die Abführungen Deutschlands an die EU höher ausfallen. Zudem dürften wohl einige Maßnahmen, die im Rahmen des Klimaschutzgesetzes verabschiedet wurden, die Dynamik verstärken, sodass auch die sonstigen laufenden Transfers um elf Prozent im Jahr 2020 ansteigen. Im Jahr 2021 ist

die Dynamik mit sechs Prozent dann zwar etwas schwächer, aber auch wegen einiger Ausgaben im Rahmen des Klimaschutzprogramms im Niveau noch recht hoch. Auch in der mittleren Frist wirkt das Klimaschutzgesetz noch etwas nach, sodass die Ausgabendynamik überdurchschnittlich bleibt.

Die staatlichen Bruttoinvestitionen werden infolge verschiedener investiver Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden in diesem Jahr deutlich zulegen. Die Bauinvestitionen steigen insbesondere durch beschlossene Maßnahmen wie dem Ausbau des Breitbandnetzes, Investitionen in die kommunale Infrastruktur sowie investiver Ausgaben im Rahmen des Klimaschutzgesetzes. Auch die Ausrüstungsinvestitionen werden durch zusätzliche Verteidigungsausgaben dynamisch zulegen; die sonstigen Investitionen entwickeln sich im Zuge der Ausweitung von FuE-Investitionen nochmals expansiver. Der Grund für diese relativ hohe Dynamik liegt vor allem in verschiedenen Investitionsbedarfen⁷, in erster Linie in den Bereichen Schulen und Kindergärten, Infrastruktur, Digitalisierung, sozialer Wohnungsbau und nicht zuletzt Klima- und Umweltschutz.

Allerdings wird die dynamische Entwicklung bei den Investitionen wohl zum Ende der kurzen Frist beziehungsweise mittelfristig wieder enden. Bisher ist nämlich nicht vorgesehen, die Investitionstätigkeit über das Jahr 2021 hinaus zu intensivieren und zu verstetigen. Der aktuelle finanzielle Überschuss in den öffentlichen Haushalten schmilzt bis zum Jahr 2021 deutlich ab. Im nächsten Jahr wird er zwar wohl immer noch bei knapp 25 Milliarden Euro beziehungsweise 0,6 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts liegen. Allerdings dürfte der gesamtstaatliche Überschuss im Jahr 2021 – auch wegen der wegfallenden Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag – nur noch rund sechs Milliarden Euro betragen. Der Bund dürfte damit seinen finanziellen Spielraum aufgebraucht haben. In der mittleren Frist werden

⁶ Die Renten werden um 3,9 Prozent in Ostdeutschland und 3,15 Prozent in Westdeutschland steigen und damit deutlich weniger als noch zu Beginn des Jahres erwartet. Gemäß der im Zuge der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) im August 2019 deutlich nach oben revidierten Bruttolöhne und -gehälter hätten die Renten gemäß der Rentenanpassungsformel um fünf Prozent steigen müsse. Der Anstieg wäre allerdings verzerrt gewesen, denn allein auf die Revision gingen ungefähr zwei Prozentpunkte zurück.

⁷ Dabei bestehen die Bedarfe nicht nur bei Investitionen beziehungsweise beim Sachkapitalbestand nach VGR-Abgrenzung, sondern umfassen auch Investitionen in den Personalbestand (Humankapital), der nach VGR-Abgrenzung als Staatskonsum verbucht wird.

dann potentielle Finanzierungsdefizite bei den Gebietskörperschaften und den Sozialversicherungen wohl durch eine deutlich niedrigere Dynamik der investiven Ausgaben und eine Erhöhung der Sozialbeiträge finanziert.

Nach Bereinigung um konjunkturelle und Einmaleffekte dürfte der strukturelle Finanzierungssaldo im Jahr 2019 wohl gut 49 Milliarden Euro (1,4 Prozent in Relation zum Produktionspotential) betragen und im Jahr 2020 auf 23 Milliarden Euro (0,7 Prozent in Relation zum Produktionspotential) sinken (Tabelle 4). Im Jahr 2021 geht der strukturelle Finanzierungssaldo nochmals zurück, auf dann drei Milliarden Euro. Gemäß Schuldenbremse ergäbe sich eine zulässige Neuverschuldung in Höhe von gut sieben beziehungsweise knapp elf Milliarden Euro in diesem beziehungsweise im nächsten Jahr. Der Bruttoschuldenstand des Staates in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt dürfte ohne zusätzliche Neuverschuldung bis 2021 auf 54 Prozent sinken und damit deutlich unterhalb des Maastricht-Referenzwertes liegen. In der mittleren Frist wird er dann sogar bis auf 50 Prozent zurückgehen.⁸

Ausweitung und Verstetigung der Investitionsoffensive würde Wachstumspotential und Steuereinnahmen erhöhen

Eine zentrale aktuelle Frage ist, ob der Staat das Potentialwachstum der Volkswirtschaft – beispielsweise über ein großes Investitionsprogramm – beeinflussen kann. Dabei geht es nicht um ein Konjunkturpaket, sondern um ein langfristiges Investitionsprogramm, um den Modernisierungs- und Erhaltungsbedarf der deutschen Wirtschaft zu decken.⁹

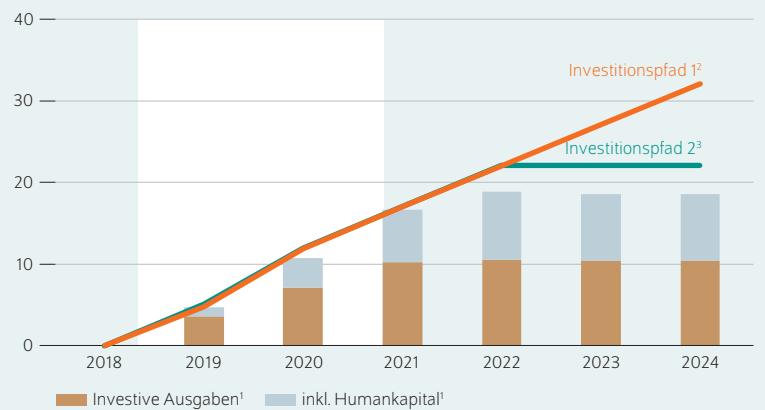
Der in verschiedenen Studien berechnete langfristige Investitionsbedarf unterscheidet sich je nach Abgrenzung der Investitionen (VGR vs. Ökonomische Theorie), nach Gebietskörperschaft (Bund und Länder vs. Kommunen) sowie nach der Messung des zu deckenden Bedarfs (Modernisierungs- oder Nachholbedarf). Werden lediglich die Investitionen nach VGR-Definition verwendet, bleibt ein Teil des geforderten Bedarfs unberücksichtigt. Aber Kitas, Schulen und auch Hochschulen haben neben Renovierungs- und Ausstattungsbedarf insbesondere einen Personalmangel, um Qualitätskriterien, etwa einen bestimmten Betreuungsschlüssel in Kindertageseinrichtungen, einhalten zu können. Auch die immer wieder geforderte Erhöhung der Kapazitäten anderer öffentlicher Einrichtungen, beispielsweise der Bauplanungsbehörden, wird ohne zusätzliches Personal wohl kaum gelingen. Geht man von der Berechnung

⁸ Allerdings muss ein niedriger Schuldenstand keineswegs optimal sein. Siehe S. Rao Aiyagari und Ellen R. McGrattan (1998): The optimum quantity of debt. *Journal of Monetary Economics*, 42 (3), 447–469; und Marcel Fratzscher, Alexander Kriwoluzky und Claus Michelsen (2019): Gut investierte Schulden sind eine Entlastung in der Zukunft. *Wirtschaftsdienst*, 99. Jahrgang, Heft 5.

⁹ Siehe Expertenkommission im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Energie (2015): Stärkung von Investitionen in Deutschland. Abschlussbericht (online verfügbar); Tom Krebs und Martin Scheffel (2017): Öffentliche Investitionen und inklusives Wachstum in Deutschland. Bertelsmann Stiftung (online verfügbar); Tom Krebs und Martin Scheffel (2017): Lohnende Investitionen. Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 28 (3) (online verfügbar); und Hubertus Bardt et al. (2019): Für eine solide Finanzpolitik: Investitionen ermöglichen!. IMK Report 152, November 2019 (online verfügbar).

Abbildung

Zusätzliche Investitionsausgaben⁴ des Staates und Zeitpfade möglicher Investitionsprogramme In Milliarden Euro (2018 = 0)



1 Siehe Tabelle 1 in diesem Bericht.

2 Zeitlicher Anpassungspfad gemäß Krebs und Scheffel (2017) (online verfügbar) inklusive der Bedarfe aus der Studie von IMK/IW (2019) (online verfügbar) exklusive Nachholbedarf bei kommunaler Infrastruktur.

3 Zeitlicher Anpassungspfad gemäß Krebs und Scheffel (2017) (online verfügbar) inklusive Dekarbonisierung.

4 In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quellen: Krebs und Scheffel (2017), a.a.O.; Bardt et al. (2019), a.a.O.; DIW Wintergrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Die Basis für ein langfristiges Investitionsprogramm ist bereits vorhanden.

Tabelle 5

Einnahmen, Ausgaben und Wachstumseffekte bei Fortführung und Verstetigung des Investitionsprogramms

Abweichung zur Mittelfristprojektion ohne Investitionsprogramm

	2021	2022	2023	2024
(in Milliarden Euro)				
Einnahmen	0,0	2,6	6,5	10,2
Steuern	0,0	1,9	4,6	7,2
Sozialbeiträge	0,0	0,6	2,0	3,1
Ausgaben	5,0	10,1	15,0	19,0
Investive Ausgaben inklusive Humankapital	5,0	10,0	15,0	20,0
Finanzierungssaldo	-5,0	-7,6	-6,7	-3,2
Potentialwachstum (in Prozentpunkten)				
Produktionspotential	0,1	0,1	0,2	0,3
Kapitalstock	0,1	0,3	0,4	0,5
Arbeitsvolumen (Potential)	0,0	0,1	0,2	0,2
nachrichtl. Produktionspotential (baseline)	1,4	1,2	0,9	0,8

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesregierung, Bundesministerium der Finanzen, DIW Wintergrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

von Krebs und Scheffel¹⁰ aus dem Jahr 2017 aus und rechnet aktuelle Bedarfe im Bereich Klimaschutz und Ganztagesbetreuung, die zum Teil auch im Rahmen des Koalitionsvertrags bis 2023 beschlossen wurden, hinzu, verbleibt für alle Gebietskörperschaften gemeinsam ein zusätzlicher Investitionsbedarf von rund 45 Milliarden Euro pro Jahr bis 2030. Davon fällt wiederum ein Teil auf die Kommunen zurück, die einen Nachholbedarf von 138 Milliarden Euro haben.¹¹ Zieht man diesen ab, ergibt sich ein Investitionsbedarf in Höhe von rund 30 Milliarden Euro pro Jahr. Aufgrund von Planungs- und Kapazitätsengpässen ist es jedoch nicht sinnvoll, den gesamten Bedarf von heute auf morgen zu decken. Stattdessen sollten die Investitionen einem zunächst stetig steigenden Pfad folgen, der dann nach etwa vier bis fünf Jahren den Zielbetrag in Höhe von 30 Milliarden Euro erreicht. Anschließend wird das höhere Investitionsniveau dann real verstetigt (Abbildung). In den Jahren 2019 und 2020 folgen die investiven Ausgaben der Gebietskörperschaften inklusive Ausgaben für Humankapital bereits weitestgehend diesem vorgeschlagenen Investitionspfad (Abbildung, Balken). Die Basis für eine langfristige Investitionsoffensive hat die derzeitige Bundesregierung folglich schon angelegt. Allerdings wird der finanzpolitische Spielraum in den nächsten Jahren enger, wodurch die Gefahr besteht, dass notwendige Investitionen in der mittleren Frist nicht getätigt werden.

Um die direkten Aus- und Rückwirkungen auf das Potentialwachstum und die öffentliche Finanzsituation abschätzen zu können, wird ein Szenario berechnet, in dem die Bundesregierung in jedem der kommenden sechs Jahre jeweils fünf Milliarden Euro zusätzlich investiert und die Investitionen dann bei 30 Milliarden Euro verstetigt (Abbildung, rote Linie).

In diesem Szenario erhöht sich die Wachstumsrate des Produktionspotentials jahresdurchschnittlich um knapp

0,3 Prozentpunkte (Tabelle 5). Erstens erhöhen öffentliche Investitionen direkt den gesamtwirtschaftlichen Kapitalstock. Zweitens werden private Investitionen durch eine höhere öffentliche Investitionstätigkeit stimuliert (Crowding-in).¹² Der Effekt auf das Produktionspotential wird allerdings durch höhere Importe etwas abgeschwächt. Drittens erhöhen Personal- und Sachkapazitäten im Bereich Schulen und Kindergärten die durchschnittliche Arbeitszeit, weil die ansonsten betreuenden Elternteile ihre Arbeitszeit erhöhen.¹³ Alle Komponenten dürften auch kurzfristige Nachfrageeffekte mit sich bringen, die das Ergebnis tendenziell verstärken, von denen aber abstrahiert wird, sodass die vorliegende alternative Mittelfristprojektion eher zurückhaltend ist. Dennoch würde ein solches Investitionsprogramm bereits bis zum Jahr 2024 zusätzliche Einnahmen in Höhe von kumuliert 20 Milliarden Euro generieren – und damit die investiven Ausgaben teilweise finanzieren. Denn insbesondere die Lohn- und Gewinnsteuern, aber auch die Einnahmen aus Sozialbeiträgen, dürften im Zuge der höheren Produktivität und der daraus folgenden Lohn- und Gewinndynamik steigen. Die dann zusätzlich benötigten Mittel sind vom Umfang her im Rahmen der Schuldenbremse zulässig¹⁴ und der Schuldenstand stiege sogar langsamer als das nominale Bruttoinlandsprodukt: Die Schuldenquote läge – wie in der Basisprojektion – zum Ende der Mittelfrist bei 50 Prozent.

¹² Ausgangspunkt für den hier angesetzten Effekt ist eine Erweiterung von Marius Clemens, Marius Goerge und Claus Michelsen (2019): Öffentliche Investitionen sind wichtige Voraussetzung für privatwirtschaftliche Aktivität. DIW Wochenbericht Nr. 31 (online verfügbar) um zustandsabhängige Crowding-in beziehungsweise Crowding-out Effekte in einem Local-Projection-Modell, die das derzeitige Niedrigzinsumfeld explizit berücksichtigt und zu einem jahresdurchschnittlichen signifikanten Crowding-in-Effekt in Höhe von gut zwei kommt. Rechnet man den kurzfristigen (konjunkturellen) Nachfrageeffekt heraus, beträgt der Crowding-in-Effekt 1,5.

¹³ Wichtig ist allerdings, dass die Mittel in den Ausbau und Betrieb von Kitas und Ganztagschulen fließen und nicht in weitere Gebührenbefreiungen. Siehe dazu auch Mathias Hübner, Astrid Paper und Katharina Spieß (2019): Gebührenbefreiung des letzten Kita-Jahres: Mütter weiten ihre Arbeitszeit nur kurzfristig aus. DIW Wochenbericht Nr. 48 (online verfügbar).

¹⁴ Unter der Annahme, dass die Wirtschaft in der Mittelfrist gemäß des Potentials wächst und folglich die Produktionslücke nahezu geschlossen ist, sowie keine finanziellen Transaktionen und keine Änderungen der Sondervermögens auftreten, beträgt die maximal mögliche Neuverschuldung 0,35 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts und damit rund zwölf Milliarden Euro. Allerdings könnten die durch das Investitionsprogramm ausgelösten konjunkturellen Auswirkungen diesen Betrag reduzieren.

¹⁰ Vgl. Krebs und Scheffel (2017), a. a. O.

¹¹ KfW (2019): KfW-Kommunalpanel 2019. KfW Research.

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Public finance forecast, medium-term, public investment



CHRISTIAN VON HIRSCHHAUSEN

Schmutzige Braunkohle für saubere E-Autos? Brandenburg vor einem Dilemma

Christian von Hirschhausen, Forschungsdirektor am DIW Berlin und Professor für Infrastrukturpolitik an der Technischen Universität Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Brandenburgs Wirtschaftsminister Jörg Steinbach steht vor einem Dilemma: Da hat er gerade gegen eine große Anzahl Mitbewerber eine Absichtserklärung von Elon Musk errungen, die erste europäische Giga-Factory für Batterien und E-Autos im brandenburgischen Grünheide zu bauen und damit tausende neue Arbeitsplätze zu schaffen. Doch muss er nun die Bedingung für diesen Erfolg erfüllen: Elon Musk wurde zugesagt, die zukünftige Fabrik würde mit sauberem Strom versorgt, was nichts anderes bedeutet als 100 Prozent aus erneuerbaren Energien.

Etwas vorschnell möglicherweise, denn Brandenburg ist deutscher Braunkohlemeister und hat mit 750 g CO₂ pro erzeugter Kilowattstunde den schmutzigsten Strom aller Bundesländer. Dies liegt vor allem an den großen Braunkohlekraftwerken in Jämschwalde und Schwarze Pumpe, die noch über Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, durchgeschleppt werden sollen.

Symptomatisch für das Dilemma ist der Absturz von Brandenburg im Bundesländer-Ranking zu erneuerbaren Energien. Hatte das Land vor einigen Jahren noch die Auszeichnung für das progressivste Bundesland in Bezug auf Erneuerbare gewonnen, ist es inzwischen bei allen Indikatoren ins Mittelfeld abgerutscht und belegt in der Gesamtbewertung nur noch Platz sechs. Trotz der großen Potentiale liegt der Anteil der Stromerzeugung aus Erneuerbaren erst bei einem Drittel, auch hier unter dem Bundesdurchschnitt von 40 Prozent.

Minister Steinbach und der ganzen Landesregierung bieten sich nun zwei Optionen, mit dem Tesla-Dilemma umzugehen: Sie können das Problem vertuschen und auf eine angeblich „grüne Stromversorgung“ in Grünheide und einigen Nachbardörfern verweisen; tatsächlich verfügt die Gemeinde Grünheide über Windräder und einige Solaranlagen und hat angeblich eine Erneuerbaren-Quote von 125 Prozent, das heißt sie erzeugt mehr Strom aus Erneuerbaren, als sie verbraucht. Nur: Die Giga-Factory mit vielen tausend Arbeitsplätzen wird ein Vielfaches von Grünheide verbrauchen. Und: Wer sich an die „Kirchhoff'schen Gesetze“ aus der Schule erinnert, weiß, dass sich der Strom im gesamten Netz verteilt. Das heißt im

Klartext: Nach aktuellem Datenstand ist der Strommix in Grünheide mit ca. 680 g CO₂/Kilowattstunde noch etwas unter dem brandenburgischen Schnitt, aber noch fast auf dem Niveau eines Steinkohlekraftwerks.

Nein, mit dieser Option könnte sich Minister Steinbach selbst ein Bein stellen. Er hat nur eine einzige Chance, die Ansiedlung der Giga-Factory nicht noch in letzter Minute zu vermasseln: Er muss den Braunkohleausstieg forcieren und an der hundertprozentigen Vollversorgung mit Erneuerbaren arbeiten. Gleichzeitig muss er sich auch auf Bundesebene für den Ausbau erneuerbarer Energien einsetzen. Derzeit steht der Braunkohleausstieg in Brandenburg unter dem Vorbehalt eines deutschlandweiten Kohleausstiegsplans; dabei könnten bereits vor Weihnachten 2019 alle Bagger und Braunkohlekraftwerke abgestellt werden, ohne dass die Versorgungssicherheit oder die Versorgung der Giga-Factory gefährdet würde.

Auch der Verweis auf eine „bilanzielle“ Vollversorgung mit 100 Prozent Erneuerbaren hilft hier nicht weiter. Tatsächlich hätte Tesla die Möglichkeit, die Fabrik durch einen unabhängigen Stromversorger beliefern zu lassen. Dieser Typ von Versorgungsvertrag wird neudeutsch als „Power Purchase Agreement“ (PPA) bezeichnet und ist international durchaus üblich. In Deutschland entsteht der Markt für PPA jedoch gerade erst, und technische sowie rechtliche Fragen stellen noch Hürden dar. Doch selbst in diesem Fall verbleibt die Tatsache, dass die physische Lieferung am Standort Grünheide zu großen Teilen aus Strom aus den großen Braunkohlekraftwerken besteht, mit anderen Worten: Giga-Watt-Braunkohlestrom für die Giga-Factory.

Wir sollten Elon Musk dankbar sein: Er schafft nicht nur tausende Arbeitsplätze im brandenburgisch-Berliner Speckgürtel, sondern könnte auch für den nötigen politischen Druck sorgen, die Energieversorgung von Braunkohle auf Erneuerbare umzustellen. Dann klappt's auch in Zukunft wieder mit einer Spitzenposition im Ländervergleich.

Der Beitrag ist am 10.12.2019 im Tagesspiegel erschienen.